

Brakeler Schriftreihe
Heft Nr. 6 (September 1990)

Zur Geschichte
der jüdischen Mitbürger in Brakel

50 Jahre »Reichskristallnacht«



Dokumentation der Ausstellung
der Stadt Brakel im Haus des Gastes
vom 5. bis 25. November 1988

Dr. Herbert Engemann

Zur Geschichte der
jüdischen Mitbürger in
Brakel
50 Jahre "Reichskristallnacht"
Dokumentation einer Ausstellung.

Dr. Herbert Engemann

Das Bild auf der Umschlagseite zeigt:

Hochzeit von Albert Rose mit Sophie Weinberg (beide später ermordet),
wohnhaft zuletzt Nieheimer Str. 13.

z. v. links neben der Braut Jakob Rose, Ostheimer Straße

Links hinter der Braut Johanna Rose, rechts daneben Jakob Kaufmann mit seiner
Frau Jenny, geb. Rose, Ostheimer Str., später ermordet, ganz links stehend
der Lehrer der Schule, Herr Weinberg.

Impressum

Die Brakeler Schriftreihe erscheint einmal im Jahr.

Themen mit heimatlichem Bezug.

Herausgeber : Dr. Ralf Becker, Brakel
Förderer : Firma Fritz Becker KG, Brakel
Verteiler : Kulturring Brakel e.V.

Vorworte	4
Die Geschichte des Antisemitismus	6
Anfänge des jüdischen Lebens in Brakel	8
Konflikte zwischen Christen und Juden im 17. und 18. Jahrhundert	14
Das Zeitalter der Emanzipation im 19. Jahrhundert - Synagoge - Jüdischer Friedhof	22
Bilder aus früheren Tagen	32
Die nationalsozialistische Judenver- folgung und Vernichtung	36
1. Zum Charakter der nationalsozialistischen Judenverfolgung	38
2. Der Boykott vom 1.4.1933	41
3. Die Pogromnacht vom 9.11.1938	45
4. Das Endstadium der Vernichtung	56
a) Die Wannseekonferenz	57
b) Die Transporte	57
c) Der Vernichtungsvorgang in Auschwitz	60
d) Liste der 35 ermordeten jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen	62
Kadisch - das jüdische Totengebet	64
Schlußwort: Bundespräsident Richard v. Weizsäcker	65
Literaturangaben - Quellen	66

V O R W O R T

Herr Jürgen Werner Braun hat sich als Gründer und Herausgeber der ersten fünf Hefte der Brakeler Schriftenreihe um unsere Heimatgeschichte besondere Verdienste erworben.

Sein Wunsch war es, daß andere Unternehmer die Reihe fortsetzen. Aus diesem Grunde bat er mich, als Herausgeber die Schriftenreihe weiter zu betreuen. Ich danke Herrn Braun für sein Vertrauen und hoffe, daß auch die folgenden Hefte das Interesse der Mitbürger finden werden.

Die vorliegende Schrift dokumentiert die Geschichte der jüdischen Bürger Brakels. Sie zeigt das Miteinander über die Jahrhunderte bis hin zur Ermordung während des National-Sozialistischen Regimes. Die Darstellung einzelner Schicksale in unserem Brakel macht besonders betroffen.

Ich danke Herrn Dr. Herbert Engemann für die Aufarbeitung der Ausstellungsdocumente für dieses Heft. Dabei ist nicht nur seine Arbeit als Historiker herauszustellen, sondern auch sein Engagement und seine persönliche Anteilnahme.

Mein Dank gilt auch Frau Bärbel Van Eecke für die sorgfältigen Schreibaarbeiten.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung verbinde ich die Hoffnung, daß wir im Bewußtsein unserer Geschichte gegenüber Andersgläubigen, Andersdenkenden und Andersaussehenden immer Toleranz üben werden.

Der Herausgeber

Vorwort des Verfassers

Vom 5. - 25. November 1988 fand im "Haus des Gastes" die Ausstellung "Zur Geschichte der jüdischen Mitbürger in Brakel-50 Jahre Reichskristallnacht" statt. Wie alle Gedenkveranstaltungen im Kreis wurde sie von STD Möhring vom Clemens Hofbauerkolleg, Bad Driburg, angeregt. Schon während der Ausstellung wurde vor allem von den Lehrern der Stadt Brakel der Wunsch geäußert, Ausstellungstexte und Exponate in einem Werk zusammenzufassen.

Für diese Dokumentation bot sich die von W. J. Braun begründete und nun von Dr. Ralf Becker fortgeführte "Brakeler Schriftenreihe" an. Einvernehmlich wurde zwischen Herausgeber, Herrn Stadtdirektor Moenikes und dem Verfasser vereinbart, dem Charakter der Schriftenreihe Rechnung zu tragen. Das bedeutet, sich möglichst nur auf die Brakeler Quellen und Nachrichten über die jüdischen Mitbürger zu beziehen, um den Umfang eines blauen Heftes nicht zu sprengen.

Demzufolge mußte auf die Wiedergabe einiger Texte und Exponate vor allem auf eine ausführliche Reproduktion der von Dr. Altemeier im Auftrag des Kreises zur Verfügung gestellten Schautafeln verzichtet werden. Für unterrichtliche Zwecke stehen diese Tafeln im Archiv zur Verfügung. Der inhaltliche Zusammenhang wird durch kurze Zwischentexte gesichert. Trotz der verkürzten Wiedergabe der Ausstellung dürfte das vorliegende Heft einen historischen Überblick über die tragische Geschichte der Brakeler Judengemeinde in handlicher Form vermitteln.

Der Verfasser dankt dem alten und neuen Herausgeber, Herrn Stadtdirektor Moenikes und den Herren Köhne, Riepe und Wächter von der Stadtverwaltung für die umfangreiche Unterstützung bei dem Aufbau der Ausstellung und dem Erstellen dieser Arbeit.

Brakel im April 1990

Dr. Engemann

Einleitung

Die Geschichte des Antisemitismus von den Kreuzzügen bis zum 20. Jahrhundert

Die Ausstellung "Zur Geschichte der jüdischen Mitbürger in Brakel-50 Jahre Reichskristallnacht" im Haus des Gastes wurde im Flur des Erdgeschosses mit fünf Tafeln eingeleitet, welche Dr. Altemeier im Auftrag des Kreises zur Verfügung stellte. Die reich illustrierten Tafeln veranschaulichten die Jahrhundertelange Unterdrückung und Verfolgung jüdischer Gemeinden, vor allem während der Kreuzzüge und der Pest.

Das ideologische Motiv für Pogrome in fast allen christlichen Ländern war die These von der sog. "Alleinschuld der Juden am Tode Jesu." -Sie wird heute von keinem ernstzunehmenden Forscher mehr vertreten.

Hinzu kamen zu allen Zeiten Beutegier, Raub- und Zerstörungslust. All dies wirkte zusammen mit sadistischen Greuelphantasien wie Hostienschändung, Ritualmordbehauptungen, Erfindung von Nachrichten über angebliche Brunnenvergiftung u.ä., um den jüdischen Mitmenschen als "Sündenbock" für alles Leid schlechthin verantwortlich zu machen.

Da den häufig im Ghetto lebenden Juden die "christliche Nahrung" - also das Ausüben eines Handwerks - untersagt war, hatten sie sich im Laufe der Jahrhunderte auf den für Christen verpönten Geld- und Kapitalmarkt spezialisiert. So konnte der Reformator Martin Luther in seinem Zorn auf den sog. "jüdischen Geldwucher" schreiben:

Martin Luther

Die **religiöse Ablehnung** erwies sich als ungebrochen und lieferte die Rechtfertigung für agitatorische Aufrufe zur Verfolgung. Auch der Reformator Martin Luther (1483-1546) bewegte sich in diesen alten Bahnen. Ihm waren die Juden nur so lange lieb gewesen, als er die Hoffnung haben konnte, sie würden sich für die von ihm vertretene protestantische Sache gegen den Papst gewinnen lassen.

Als sich jedoch seine Erwartung nicht erfüllte, wenn man nur - aus der Schrift sie unterrichtete, so könnten ihrer etliche herbeikommen<, das heißt, sich dem christlichen Glauben anschließen, verfiel der Reformator wie seine kirchlichen Amtsbrüder in wüste Schmähungen. Er forderte:

- »daß man auch ihre Häuser und desgleichen zerbreche und zerstöre«;
- »daß man den Juden das Geleit und Strafe ganz und gar aufhebe«;
- »daß man ihnen den Wucher verbiete und nehme ihnen alle Barschaft und Kleinode an Silber und Gold, und lege es beiseit zu verwahren..«;

- »daß man den jungen, starken Juden und Jüdinnen in die Hand gebe Flegel, Axt, Karst, Spaten, Rocken, Spindel, und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiß der Nasen«;

- »daß man ihre Synagoge oder Schule mit Feuer anstecke und, was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und beschütte«. (3)

Sind diese Aufrufe des Reformators für sich genommen schon von einer unbegreiflichen Seelenkälte und Inhumanität, - erschreckend sind für den heutigen Betrachter die Parallelen zu den Agitationen der Wortführer des Nationalsozialismus...

Konnten Juden noch durch die Taufe sich diesem "Antijudaismus" und seinen Folgen gelegentlich entziehen, so wurde ihre Situation aussichtslos, als im 19. Jahrhundert im Gefolge der aufkommenden Rassenlehre ein kompromißloser "Antisemitismus" Platz griff. Dieser stempelte die jüdischen Mitbürger in seiner krassen Form zu Angehörigen einer "minderwertigen Rasse", schließlich zu "Untermenschen" ab. Zunächst zeigte sich diese Einstellung nur in schäbigen Karikaturen rechter Blätter. In der Nazidiktatur des sog. "Dritten Reiches" gipfelte diese Irrlehre im Holocaust - der Vernichtung des europäischen Judentums.

Abteilung B I

Anfänge des jüdischen

Lebens in Brakel

Nachricht über den ersten jüdischen Mitbürger Brakels

vom 13. Januar 1560

B 1, 1 13. Januar 1560

Georgen Spiegel zu Peckelsheim seeligen Johannes Sohnes schreibt: einem ehrsamem vorsichtigen und weisen Bürgermeister und Ratsherren deren Stadt Brakel meinen günstigen Nachbarn und guten Freunden zu Händen die Bitte, den Juden Melchior der "mit Euch in Handlung stehe, daß er mit Euch in Eurer Stadt Brakel zu wohnen ... möchte," aufzunehmen. Melchior hat "seine Handlung oder Hantierung dermaßen geführt", daß keine Klagen angefallen sind. Deshalb verwendet sich Georg Spiegel für ihn "und ist derhalben an Euch meine gütliche Bitte, so Euch das immer gelegen möchte, ihr diesen genannten Melchior, Juden, mit Euch der Beiwohnung halber handeln lassen und von ihm, darum was billig wäre, jährlich nehmen ...

(Stadtarchiv A 1061 fol 1)

B I, 2

Das älteste Verzeichnis jüdischer Mitbürger von 1704

Es führt 11 jüdische Familien auf:

1. "phillipp jonas Wittib hat bey sich 2 erwachsene Söhne moyses Undt salomon, so ihre eigene handlung treiben Undt noch 3 Kleine Kinder.
2. jonas dies gemelten phillips sohn mit weib Undt Kindern führt treffliche handlung, Undt nahrung mit allerhand waren, ...
3. matthias .. phillips sohn mit weib Undt Kindern, handelt auch fleißig mit Villerey waren.
4. israel dis gemelten phillips schwiegersohn mit weib Undt Kindern, handelt aber nicht so stark wie vorige.
5. moyses mit weib Undt Kindern führt starke handlung mit allerhand waren.
6. david mit weib Undt Kindern handelt mit Pferden und anderem Vieh und schlachtet, hat bey sich seine Schwiegermutter wittiben soistmans.
7. salomon des .. davids Bruder und des alten Salomon sohn mit weib Undt Kindern handelt mit Pferden und anderem Vieh, auch verschiedene anderen Waren, hat bey sich seinen Vater Undt mutter. "Nun folgt folgender Zusatz:" .. vorgehende 6 junge familien haben nach umblauf letztere 10 bis 11 Jahre ihr domizilium angefangen und das geleit erhalten, da zuvor nur 6 familien allhier gewesen.
8. Zum Kreise der alten familien gehören Seligmann mit Weib Undt Kindern. Er ist ebenfalls Händler.
9. Jakob Markus mit "Weib und viel Kindern", handelt mit Vieh Undt beherberget die fremden Paßagiere Undt dergleichen, ist sonst von schlechten Mitteln".
10. Isaak, hat zwar noch etwas Mittel, ist verwitwet, von schlechtem Verstande, hat einen einen Sohn und eine Tochter, so ihm von Verstand gleich seien Undt daher zur Handlung untauglich.
11. Der alte Salomon mit seiner Frau, der dem jungen Sohn Salomon bei seinem Handel hilft, es folgt der Nachsatz: "Oben gemeldete jüdische Familien bewohnen 10 bürgerliche Häuser".

(Stadtarchiv A 1065 fol 2)

Abschrift des Geleitbriefes für den jüdischen Bürger Samuel Meyer vom 23. Januar 1763

(Durch diesen vom Domkapitel ausgestellten Brief galten die jüdischen Bürger als "vergleitete" Juden als besonders geschützt vor Willkürmaßnahmen. Zugleich waren diese Schutzbriefe für den Landesherrn eine willkommene Einnahmequelle.) Der Brief lautet: "Copia

Nachdem ein hochwürdiges regierendes Domkapitel auf untertäniges Bitten bewogen worden dem Juden Schmucl Meyer das Geleit im hiesigen Hochstift zu bewilligen und ihm gnädigst zu erlauben, daß er sich zu Brakel häuslich niederlassen auch durch das ganze Land einen freien Handel und Wandel gleich denen übrigen vergleiteten Schutzjuden treiben könne, so wird solches des Ends hiermit gemacht, damit ihm niemand diejenigen Rechte, Freiheiten und Sicherheit, die der gesamten Judenschaft sowohl in dem Hauptgeleit als der hiebei vor publizierten Judenordnung verliehen und bestätigt worden, in Zweifel ziehen, sondern er von jedermann in Sonderheit von denen gerichtshabenden Beamten, Bürgermeistern und Stadtrichtern und Vorstehern für einen im Hochstift vergeleiteten Juden erkannt und angesehen werden möge.

Urkundlich neben gedrücktem domkapitularen Insiegel und gewöhnlicher Unterschrift so gegeben.

Paderborn, den 23. Januar 1763

Exmandato Reverendissimi Kapituli Regentis Kapituli Meyer Syndikus" 1)

da tenor attestati in sich richtig und der Jude von gutem Handel und Wandel und sonstiger friedlicher Aufführung wäre so ist das originale Attestatum hinwieder zurückgegeben worden". 2)

(Stadtarchiv A 1061 fol 5)

- Erklärungen: 1) "Im Auftrag des ehrwürdigen regierenden Kapitels der Syndikus des Kapitels Meyer".
2) "Da der Inhalt der Bescheinigung stimmt, ist das Original der Bescheinigung zurückgegeben worden."

XXII.

Paderbörnische Juden-Ordnung von 1719.

Wir Thum=Probst Thum=Dechand, Seniores und übrige Capitularen der hohen Thum=Kirchen zu Paderborn, als jetzt Sede Episcopali vacante regierende Erb= und Grund=Herren, ic. Thumkund und fügen hiemit zu wissen, Nachdem wir bey unserer jetztigen Regier= und Verwaltung dieses Hochstifts eine besondere Nothdurft zu seyn erachtet, denen vielfältigen Klagen, so über in hiesigem Hochstift und Fürstenthum beglaidete Juden vorkommen, bestmöglichst abzuheffen, und die eingeriffene Mißbräuche, auch vorgemeldter Juden übermäßigen Wucher durch heilsame Berordnungen abzustellen, daß wir dsesemnach zu Beförderung gemeinen Bestens und Abschaffung vieler Inconvenientien diese erneuert= und zum Theil geändert= und verbesserte Juden=Ordnung ausgehen, und zu männiglichem Wissenschaft durch offenen Druck haben kund machen lassen.

Zweyter Theil.

3

CA-

II. Abteilung

Konflikte zwischen Juden und Christen
im 17. und 18. Jahrhundert

B II, 1

Konflikte zwischen christlichen und jüdischen Mitbürgern

28.11.1654: Sämtliche Bürgermeister und Städte des Hochstifts Paderborn beschweren sich beim Fürstbischof und Landesherrn

1. Gegen die erlassene Judenordnung von 1648 handeln die Juden nicht nur mit Silber, Gold, Diamanten und Kleinodien, sondern mit Leder, Wolle, Leinen, Gewürz, Korn und Fleisch.
2. Die Juden haben teilweise in den Städten größere Warenlager als die Christen.
3. Außer Bier und Wein verkaufen sie in steigendem Maße fast alles, zumal sie sich immer mehr in den Städten "einnisten" und "vermehrten".
4. Wohl wollen die Städte das fürstliche Judenregal nicht beschränken, aber die Erfahrung zeige, daß die Juden ein "Verderben" (pernicies) der Christen seien.
5. Breitet sich der Judenhandel weiter aus, werden die Juden die Christen verderben und ihnen "überlegen" sein, "daß diese vor jenen nicht aufkommen können und sich zuvor das Blut von ihnen aussaugen lassen müssen".
6. Deshalb dürften die Juden weiterhin nur mit Kleinodien handeln.
7. Juden, die sich nicht fügen wollen und im Hochstift bleiben wollen, sollen angewiesen werden, ihren Lebensunterhalt mit Arbeit zu verdienen.
8. Der Bischof soll bei exemplarischer Strafe befehlen, daß die Juden die Ordnungen von 1607 und 1648 einhalten und "darüber der gemeinen Commerzien und bürgerlichen Nahrungen sich gänzlich entäußern und enthalten sollen".
9. Geklagt wird ferner darüber, daß immer mehr Handwerker und Händler aufs Land ziehen - diese Klage betrifft offensichtlich auch Christen -. Dort üben sie Handwerk und Handel aus und schädigen damit die städtischen Gilden und Zünfte. Vorschlag der Bürgermeister und Städte: In den größeren Dörfern soll ein Schuster, Schneider, Schmied gehalten werden, die aber ihr Meisterwerk in den Städten gemacht haben müssen.
10. Der Handel mit Kramwaren, Bier und Wein auf dem Land darf nur den Städtern vorbehalten werden.

(Stadtarchiv Brakel A 1063 fol 5 folgende)

B 11, 3

Vom 2. Oktober 1633:

Die mit Geleitbrief versehenen Juden aus Brakel wehren sich gegen ungerechte Vorwürfe der Brakeler Fleisch(hau)er. "Ehrenwerte vorsichtige und wohlweise vielgebetende und großgünstige Herren. Was die sämtlichen Fleisch(hau)er in Brakel gegen uns ends benannte vergeleitete Juden injuriose schmähhaffig wieder aller Wahrheit (als wenn wir heillose Juden ... gegen die von irofürstlichen Gnaden unseres allergnädigsten Herrn gnädigst erteilte Konzession und Freiheiten geschlachtet) ... solches uns der Gebühr cumtermino at excipidendum et contra agentum kommuniziert, tun uns dafür verdienstlich bedanken ..."1)

(Stadtarchiv A 1063 fol 1 ff)

Erklärung: 1) "Dank für die fristgerechte Mitteilung um Gegenmaßnahmen zu ergreifen".

B II, 5

Erneute Beschwerde der Stadt wegen Verweigerung des Beiwohnergeldes vom 16. Februar 1701:

Extractus Protokollarie Kammero Paderbornensis
Ad causam
Der Stadt Brakel contra
Die Judenschaft daselbst
mercurie, 16. Februar 1701

In heutigen Termino erschienen namens der Stadt Henrich Heistermann und der Stadtsekretarius Roden repitierten ihre übergebene Klage und wieder die Judenschaft habende Gravamina 1) gestalten die Juden sich allda vermehrten, gleichwohl das Beiwohnergeld nicht auch augmentiert 2) würde wegen der Judenschaft erschienen Seligmann Josef, Salomon und Moyses Abraham, zeigten an, daß nur 9 Familien von jetzo zu Brakel vorhanden gestehen ab eo tempore 3) der Zahl ad 3 Familien vermehrt zu sein, in dem nur vorhin 6 allda vorhanden gewesen

bei dem zweiten Gravamina erinnerten die Erschienen von der Stadt, daß die Juden sich von Bürgermeistern und Rat keine Satzung des Fleisches ansetzen lassen wollten, baten hierunter ebenfalls remediierung 4) gestalten sie deshalb mit hochfürstlichen Privilegio vom Bischof zu befohlen, hiesigen Stiftsversehen und konfirmiert wären

at 1 gravamen ist resolviert 5), daß die jetzt begleitete Judenschaft solange deren Anzahl nicht vermehrt wird anstatt der anno 1676 akordierten 6 Taler hinführo 9 jährlich der Stadt zu erlegen schuldig sein sollte

at 2 gravamen bleibt bei dem Regulament 6), daß nämlich die Juden allemal einen Pfennig das Pfd. Fleisch geringer geben sollen als die Christen wegen des Juden Matthiassen Philipp erinnerten sich nicht, daß die abgelebte Judengemahlin begleitet gewesen sei sowohl bei voriger als jetziger Regierung

Erschienene von der Stadt baten, daß dem Juden Matthiassen Philipp mit dem Gland in der Stadt Brakel zu wohnen nicht verstattet werden möchte

Hierauf ist denen erschienen von der Stadt die Positionsschrift von dem Juden Philipp Jonas at agendum necessaria 7) kommuniziert 8) worden

Expost übergab der Stadtsekretarius Rohden Rezessum loko orali 9) contra Juden Philipp Jonas

Extrahatur et presentetur Protokollum
Procopia protocolli Christiani Herrn
Sekretarius substitutus

(Stadtarchiv A 1062 fol 4)

Erklärungen: 1) Beschwerden
2) vermehrt
3) von dieser Zeit an
4) Erlassung
5) entschieden
6) Beschluß
7) nun das Nötige zu tun
8) mitgeteilt
9) die Akte des Protokolls

B II, 6

Am 5. November 1701 beschwert sich das privilegierte Brauamt über den Schleichhandel des Juden Moyses Abraham mit Essig. Auf diese Beschwerde antwortet am 12. November 1701 die Fürstliche Kanzlei in Paderborn wie folgt:

"Diese injungierte Beantwortung wird dem Juden Moyses Abraham ... zugestellt, und namens ihrer hochfürstlichen Gnaden zu Paderborn, unseres gnädigsten Fürsten und Herrn, demselben anbefohlen, sich bei so gestalten Sachen inskünftig des angemästen Handels zu entmäßigen und zu enthalten. Urkundlich aufgedrücktem hochfürstlich paderbornischen Insiegels significatur am Schloß Neuhaus den 12. November 1701.

Notiz

Diese injungierte Beantwortung habe ich dem Juden Moyses Abraham zu Recht in hiermit und Kopiam hinterlassen, geschehen Brakel, den 21. November 1701

Johann Jürgen Düker Kanzleipedell

(Stadtarchiv Brakel A 1063 fol 10 v)

Tumult um den Verkauf von Fellen der Witwe Moyses während des Marktes am 19. Juni 1731

In einer Beschwerdeschrift an den Landesfürsten führt die Witwe Moyses am 20. Juni 1731 aus:

" ...Als ich gestrigen Tages auf einem freien Markttage einige Felle für mein Haus an einem Nagel ausgehängen "(habe)" regierender Bürgermeister Wickede sofort Stadtdienern und Pfortnern mit in mein Haus geschickt, welche nicht allein einen solchen Tumult erregt, daß ich meines Lebens nicht sicher gewesen, sondern auch über dem ein Paar Lauffelle fortgenommen und ein rotes Kalbsfell zerrissen. Wann nun aber dieses ohnförmliches Prozedieren 1) umsoweniger beschönt werden mag in dem Anno die Judenschaft so wenig Bürgermeistern und Rat unterworfen als weniger letzterer sich einigem Kognition wieder die unverkleidete Juden unternehmen können ...' 2) Die Witwe Moyses führt dann aus, daß in den "Judenordnungen den Juden allerdings erlaubt wird, auf den freien Markttagen in ihren Häusern einige Waren auszuhängen und auszulegen. Dieses auch vor von undenklichen Zeiten her ohne Kontradiktion 3) beständig geschehen. Folglich regenti consuli 4) nicht gebühret ... mit straffälligem Eingreifen in hochfürstliche Jurisdiktion also wie geschehen wider mich zu verfahren..." Bereits am 27. Juni 1731 entscheidet die Paderborner Kanzlei das binnen 8 Tage sich der Bürgermeister Wickede beim Fürsten zu verantworten hat, bis dahin aber sofort die entwendeten Felle zurückzugeben hat.

Stadtarchiv Brakel
A 1063 Folie 15 folgende

Erklärungen: 1) ohne förmlichen Prozeß
2) gegen die Juden vergehen können
3) Widerspruch
4) dem regierenden Bürgermeister

19.1.1778 Brutales Vorgehen des Bürgermeisters Scheven gegen Schutzjuden Levi Itzig

Der Bürgermeister Scheven läßt am 19.1.1778 mittags 11 bis 1 Uhr auf tumultuarische Weise mit Stadtdiener, allen Pfortnern, einigen Schützen und Schmieden in des Schutzjuden Levi Itzig Hause zu Brakel 7 1/2 Felle, einen Koffer und einen Stoff pfänden, die der Jude vom Wrasenmeister Vogt wegen Schulden im Hause hat. Der Jude hat hiergegen um einige Minuten Frist gebeten, ist zum Rathaus gelaufen und hat fußfällig gebeten, ihn mit solchen Gewalttätigkeiten zu verschonen, da seine Frau seit 2 Tagen ins Kindbett gekommen. Er habe aber zur Antwort bekommen und wenn auch die Frau crepiert, sollen doch die Unterpfänder heraus. Dem Stadtdiener ist sogar befohlen, alle Gewalt zu gebrauchen, auch noch 20 Mann Schützen mitzunehmen, wenn die erste nicht hinreichten, ja sogar den Juden Itzig selbst beim Kopf zu nehmen und hinzusetzen. Ein Mandat hierzu sagte Bürgermeister sei nicht notwendig dafür wäre er Bürgermeister. Darauf haben Stadtdiener und Pfortner alle Türen mit Äxten und sonstigen Instrumenten aufgebrochen. Währenddessen ist der Jude auf Zureden des Dringenbergischen Pedellen 1) abermals zum Rathaus gegangen und hat um Verschonung gebeten, ist aber mit Verhaftung gedrohet, dann hat sich der Jude zum Gografen 1) begeben und um Schutz gebeten. Dieser hat auch den Gerichtsdienner abgeschickt. Als diese zum Rathaus gekommen, hat der Bürgermeister ihn mit Brandwein solange aufgehalten, bis Pfortner und Stadtdiener bereits die Pfandstücke ins Rathaus geschleppt. Der Jude behauptet, die Judenhäuser seien von der städtischen Jurisdiktion frei. Er beschwert sich nun bei der Paderborner Regierung, läßt vom Notar Christian Gieffers die Zeugen vernehmen, welches Instrument mit den Worten beginnt: "Im Namen des Allerhöchsten. Amen." Die Paderborner Regierung beauftragt den Rentmeister Budden zu Dringenberg am 20. Januar 1778 die Sache zu untersuchen. Dieser gibt am 21. Januar 1778 dem Bürgermeister Scheven auf, die Pfandstücke in Gegenwart des oberamtlichen Pedels Isvording ad Locum unde 2) zu restituieren."

Stadtarchiv Brakel
A 1410 Folio 18 folgende.
Hier nach Abschrift Franke,
A 26 Folio 152 folgende).

Erklärungen: 1) Angestellter der bischöfl. Regierung
2) an den alten Platz zurückzugeben

Verfügung des Gografen Ludowiki gegen Tumulte bei einer Judenhochzeit.

"Da bei jetzt vorhandener Hochzeit des Schutzjuden Selig Leiffmann namens Ihro hochfürstlichen Gnaden zu Paderborn von angeordneter Juden Commission 1) das gemessene dahin zum Gogericht eingelangt, das man darauf genau acht haben möge und alles vorzukehren, damit die Hochzeit ungestört und in aller Ruhe gehalten würde;

wie dann nun von gestern abends die größten Beschwerden eingekommen, wie das nämlich sich das junge Volk haufenweise rottiert, 2) die Juden gestört, solche sowohl geworfen als in die Bache gestoßen, überhaupt sich so tumultuarisch aufgeführt, daß die ganzen Juden in Angst und Furcht gestanden, dieses aber ferner zu verhüten.

So wird dem Magistrat dahin aufgetragen, diese Tage hindurch bis abends und zwar heute abend um 8 Uhr Schützen zu hiesigen Wachstuben zu schicken, wovon 3 auf das Volk allemal wachweis achthaben müssen und sodann dahin zu beordnern, daß solche im Fall sie vom Volke die mindeste Indolenz 3) sähen, solche ohne Unterschied des Standes zur gehörigen Bewachung zu Stuben liefern müssen. Gegeben Brakel 4. Juli 1781 Ludowiki".

Stadtarchiv Brakel
A 1073, Folio 5)

Erklärungen: 1) Behörde für Judenangelegenheiten
2) Zusammenrotten
3) Unduldsamkeit

12. Januar 1802

Klage des Schneidermeisters Johannes Schrick gegen den jüdischen Bürger Schelmen Scheiches wegen unbefugten Hausverkaufs

Hochedelgeboren! Ich habe zwar von dem hiesigen Juden Schelmen Scheiches die jetzt innehabene Hälfte des von ihm bewohnenden Hauses in der Henzengasse in dem mir wegen meiner unlängst erfolgten Wiederkunft aus der Fremde aus etlichen Wochen: daß derselbe daran ein völliges unwiderrufliches dominium 1) habe, gutgläubig angekauft; Allein da ich nun aus eingezogenen Erkundigungen vernommen habe, daß ein Jude da hier weder nach den hiesigen Landesverordnungen weder nach den städtischen Statutis dieselbst Imobilia 2) eigentümlich acquirieren 3) könne, sondern demselben solches ausdrücklich untersagt sei, übrigens mir auch oben gedachter Verkäufer einige angebliche Apertinentia 4) verkauft hat, welche der malen von einem Dritten in Ankauf genommen werden wollen; so sehe ich mich gemüßigt: die noch rückständige Hälfte des Kaufschillings vor der Hand noch an mich zu halten. Ich bitte demnach euer Hochedelgeborenen bei dem Umstande: da mir der Jude wegen mangelnder Ansässigkeit zu jederzeit keine Eviction leisten kann: demselben aufzugeben: daß er binnen einer vorzusetzenden peremptorischen 5) Frist rechtlicher Art nacherweisen müßte, wie und auf welche Art er im Stande gewesen sei, daß an mich gekaufte Haus gegen die hiesigen Partikulargesetze und Statuten eigentümlich zu acquirieren; mich aber solange dieses nicht geschehen und jene fremden Aufkäufe nicht ins Reine gebracht sind von Bezahlung des besagten Rückstandes einstweilen zu absolvieren.

Sollten aber eure Hochedelgeborenen Widervermuten anders erkennen dürfen, so will ich hiervon in eventum ad iudicium superius appelliert haben. 6)
Unterschrift

Stadtarchiv Brakel
A 1067 Folio 26)

Erklärungen: 1) Besitzrecht
2) Häuser
3) erwerben
4) anhängende Grundstücke
5) Übergangsfrist
6) Berufung an die höhere Instanz

Abteilung III

Das Zeitalter der Emanzipation im 19. Jahrhundert.

B III, 1

15.11 .1807

Emanzipation - Befreiung - der jüdischen Bürger durch die Franzosen.

"Die Diskussion um die Emanzipation der Juden, die von Deutschland ausging, hatte in Frankreich die ersten politischen Konsequenzen gebracht. Hier hatte am 28. September 1791 die Nationalversammlung ein Dekret erlassen, "das alle Ausnahme Gesetze aufhob und den Juden Frankreichs alle Rechte und Pflichten des französischen Bürgers zuerkannte".

Als nach dem Tilsiter Frieden, Deutschlands politische Ordnung durch Napoleon neugestaltet wurde, wirkte sich Frankreichs Einfluß auch dahingehend aus, daß in den von Frankreich abhängigen Staaten die Emanzipation der Juden teilweise oder ganz durchgeführt wurde. Am fortschrittlichsten zeigte sich dabei Napoleons Bruder Jérôme, der seit 1807 König des neugebildeten Königsreiches Westfalen war... Durch das Dekret vom 15.11.1807 erklärte er alle jüdischen Untertanen seines Reich als den christlichen völlig gleichgestellt.

Jérôme ließ im Februar 1808 eine jüdische Deputation aus seine Königreich in Kassel erscheinen, um sich durch ihren Sprecher nicht nur die Loyalität, sondern auch die Mitarbeit der Juden als Soldaten, Kaufleute und Bauern im neuen Königreich versprechen zu lassen..."

Nach Arno Herzig, Judentum und Emanzipation
in Westfalen, Münster 1973. S. 12 folgende

B III, 2

14. April 1808

Die Festsetzung des bürgerlichen Zustandes der jüdischen Nation zu Brakel

"Am 14. April 1808 erschienen 10 Judenfamilien bzw. die Väter auf dem Rathaus. Das Dekret der französischen Regierung vom 30. März 1808 wurde ihnen laut und deutlich vorgelesen und sie aufgefordert, "sich neben ihren Geschlechtsnamen noch einen Beynamen zum wählen, mit dem Bedeuten, daß sie sowenig wie ihre Kinder diesen sich heute zu wählenden Beynamen bei Strafe der Namensfälschung ohne königliche Erlaubnis nicht verändern dürfen..."

Es wählten "1. Sadoch David den Beinamen Sudthein; 2. Israel Bendix den Beinamen Stern; 3. Nathan Bendix den Beinamen Adler; 4. Itzig Meyer den Beinamen Rothenberg; 5. Jacob David den Beinamen Heineberg; 6. Feibelmann Scheiges den Beinamen Hakesberg; 7. Scholmen Scheiges den Beinamen Scheideberg; 8. Bendix Salmon den Beinamen Lobbenberg; 9. Wittib Meyer Simon den Beinamen Steinberg; 10. Jakob David Lewi den Beinamen Winkler". Dazu geben die Familienväter die Namen ihrer Kinder an. Die zu diesem Zeitpunkt verreisten Juden Sostmann David und Seligmann Isaak nehmen am 29. April den Namen Flechtheim und Ostheim an. Das Bürgergeld sollte zunächst auf 20 Reichstaler jährlich festgelegt werden, wird dann aber auf Vorschlag des Friedensrichters auf 10 Reichstaler für Erwachsene und 5 Reichstaler für ein Kind ermäßigt".

Stadtarchiv Brakel
A 1064, Fol. 2 v, 3 u. 5 v.
Text nach Brakel, 829-1979
S. 269-270)

Der preußische Integrationsversuch vom 23. Juli 1847

Auch die konservative preußische Monarchie konnte sich der durch die französische Revolution 1789 eingeleiteten Emanzipationsbewegung der jüdischen Bürger nicht entziehen. "Am 23. Juli 1847 wurde das Gesetz über die Verhältnisse der Juden in Preußen veröffentlicht, wodurch die gesetzliche Stellung sowohl der Juden als auch der jüdischen Gemeinden im Preußischen Staat einheitlich geregelt wurden. An dem § 2 dieses Gesetzes sieht man, daß die Einschränkungen in der Ausübung bestimmter Berufsgruppen unterlagen. Durch die Bestimmungen des § 2 sind die Juden zwar von den Ämtern eines Dirigenten der Kommunalverwaltungen, namentlich eines Bürgermeisters und Oberbürgermeisters oder eines Amtmannes und Gemeinde-Vorstehers und deren Stellvertreter ausgeschlossen, sie sind aber zu Magistratsmitgliedern, Gemeinde- und Amtsverordneten wählbar. Der Inhalt des § 2 bedingt jedoch, daß ihnen keine Funktionen übertragen werden können, mit denen die Ausübung einer polizeilichen oder executiven Gewalt verbunden ist."

Die jüdischen Gemeinden besaßen nicht den Mut, öffentlich gegen diese Einschränkungen einzutreten. Hauptsächlich 2 Rabbiner kämpften umso entschiedener für ihre Rechte. Zum einen der Landrabbiner Abraham Sutro, der auch gleichzeitig Oberrabbiner der Synagogengemeinde Brakel war und der Magdeburger Rabbiner Dr. Ludwig Philippson. Trotzdem wurden Juden bis zum Ende des Kaiserreiches weder zu Professoren bzw. Dozenten an der Universität in Münster noch zu leitenden Beamten ernannt. Erst in der Weimarer Republik änderte sich dieses. Das Gesetz von 1847 brachte aber nicht nur Enttäuschungen sondern auch Fortschritte. Der § 35 brachte für die innere Organisation der Juden erhebliche Vorteile. Bei der in § 35 vorgeschriebenen Bildung von Synagogenbezirken, sollte von den schon bestehenden Synagogen auszugehen sein. Aufgrund der Existenz einer Synagoge in Brakel, wurde Brakel zu einem eigenen Synagogenbezirk ernannt. Zur Synagogengemeinde Brakel gehörten die Ortschaften Erkeln und Riesel. 1853 waren dies insgesamt 192 Personen, jüdischen Glaubens, die sich wie folgt verteilten:

Brakel 156 Personen
Erkeln 22 Personen
Riesel 4 Personen."

Nach Birgitta Schulte, Die Synagogengemeinde in Brakel von ihren Anfängen bis zu ihrer Vernichtung im 3. Reich, Staatsarbeit der GHS Paderborn, 1984, S. 16, 17)

Das Statut der Synagogengemeinde Brakel von 1847

"Repräsentiert werden sollte die Gemeinde durch 12 Vertreter.

§ 5: "Die Anzahl der Repräsentanten wird auf 9 und die der Stellvertreter auf 3 bestimmt."

§ 8: "Die Repräsentanten wählen unter sich nach Stimmenmehrheit einen Vorsteher und einen Protokollführer auf 3 Jahre, sowie für jeden derselben einen Stellvertreter. Der Vorsteher beruft die Versammlungen und führt darin den Vorsitz. Er trägt die Gegenstände der Beratung vor, oder läßt sie nach vorheriger Verteilung durch einzelne Mitglieder vortragen; er sammelt die Stimmen und sorgt für die Abfassung des Beschlusses, er hat dahin zu sehen, daß nichts wider die Rechte des Staates und die Verfassung der Korperation beschlossen wird. Die ausgefertigten Beschlüsse reicht er dem Vorstand ein."

9 Repräsentanten konnten für das Jahr 1862 ermittelt werden.

1. J. Flechtheim
2. D. Liebenberg
3. S. Heinemann
4. B. Heineberg
5. J. Dahlberg
6. J. Lilienthal
7. S. Frohsinn
8. A. Sommer
9. J. Weiler.

Eine Rendanturstelle wurde eingerichtet zur Überwachung der Gemeindegelder. Einund Ausgaben wurden genau festgesetzt.'

Birgitta Schulte, A.a.O.
Seite 18, 19)

Die jüdische Schule

"Erst nachdem der jüdische Lehrer Bibo 1840 aus Warburg angestellt werden konnte und der jüdischen Gemeinde mit dem Bau der Synagoge auch 2 Klassenräume zur Verfügung standen, konnten die Schulverhältnisse geordnet werden. Es gab zu der Zeit eine Schulstube mit Plätzen für 23 und eine kleinere mit Plätzen für 13 Kinder. Nun gingen sämtliche jüdischen Kinder in die jüdische Privatschule, die ausschließlich aus eigenen Mitteln der jüdischen Gemeinde finanziert wurde. Der Lehrer Bibo wurde auf Lebenszeit angestellt bei einem Gehalt von 200 Mark jährlich und später 300 Mark jährlich.

Die Brakeler Judenschaft unternahm große Anstrengungen, daß die Schule als eine öffentliche Schule anerkannt werden sollte. Das gelang 1874 nicht. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß nur 19 jüdische Kinder vorhanden seien und die Aufnahmekapazität der öffentlichen Schule in Brakel noch nicht gedeckt sei. 1890 wurde ein neuer Versuch unternommen, auch dieses Mal wurde ihm nicht stattgegeben. Die Juden hatten auch daher keinen Anspruch auf städtische Gelder zur Unterhaltung des Schulgebäudes und des Lehrers."

Birgitta Schulte A.a.O.
Seite 21; s. auch H. Engemann,
Das jüdische Schulwesen Brakels
im 19. Jahrhundert, in Brakel 829...,
S. 274 folgende)



Die Grundsteinlegung der Synagoge zu Brakel 1841

"Wohlhöllicher Magistrat! Die vielen Beweise der Güte, welche Euer wohlhöllicher Magistrat in Betreff unseres Synagogenbaues und insbesondere durch das Bestreben zur Vereinigung der Gemeinde uns dargetan hat, veranlaßt uns, hiermit unseren herzlichsten Dank abzustatten. Die Zeremonie der Grundsteinlegung wird auf den 4. des Monats geräuschlos, und mit Abhaltung eines Gottesdienstes stattfinden. Wir laden Euren wohlhöllichen Magistrat dazu ein, und würden uns sehr geehrt fühlen, wenn uns die Gegenwart unseres verehrlichen Magistratspersonals die Zeremonie erhöhte und uns und allen Menschenfreunden der stets größere Beweis der ihr allgemein gegenseitig gestiegenen Toleranz zuteil würde.

Mit vollkommener Hochachtung
Der Vorstand
L. Sutheim
L. Weiler
Brakel, 2. August 1841."

"Die Juden hatten ihr Ziel erreicht. Ein eigenes Gotteshaus konnte 1843 eingeweiht werden. Es ist aus eigenen Mitteln der jüdischen Kirchengemeinde finanziert worden. Das Gebäude steht in Brakel Ostheimer Straße 14. Es grenzt direkt an andere Wohngebäude an und unterscheidet sich nicht von diesen. Die Auflagen, die gemacht worden sind

- a) das Gebäude darf sich nicht von anderen Wohnhäusern unter scheiden und muß
- b) in bestimmter Entfernung zu den christlichen Kirchen stehen, um Störungen zu vermeiden,

sind genau eingehalten worden."

Birgitta Schulte A.a.O.,
Seite 12/13)

Die Anlage des jüdischen Friedhofes Am Hembser Berg 1853/54

"Am 14. September 1853 kaufte Friedel Saalberg vom Klempner Wilhelm Stock das 1.128 qm große Grundstück des heutigen Friedhofs zum Preis von 53 Reichstalern. Der Magistrat hielt diesen "ungefähr 1/2 viertel Stunde von der östlichen Seite der Stadt, am ehemaligen Fußwege nach Hembesen" gelegenen Garten für durchaus geeignet. Es sei "auch in Sanitätspolizeilicher Beziehung" nichts gegen die Nutzung als Begräbnisplatz vorzutragen. Das wird vom Kreisphysikus bestätigt, der darüber hinaus betont, daß das Grundstück hoch liege und im Verhältnis zur Seelenzahl ausreichend sei. Wer angesichts der Dringlichkeit der Verhältnisse, des befürwortenden Schreibens des Magistrats und der positiven Stellungnahme des Kreisphysikus mit einer schnellen Genehmigung durch die Regierung in Minden gerechnet hatte, wurde enttäuscht; denn die Regierung bestand auf der korrekten Anwendung der Gesetze und verlangte, daß der Vorstand der Synagogengemeinde, der sich auf der Basis des Gesetzes vom 23. Juli 1847 zu konstituieren hatte, "über die Anlegung eines neuen jüdischen Begräbnisplatzes zu entscheiden habe". Als aber am 4. September 1854 der provisorische Vorstand der Gemeinde dem Landrat mitteilt: "Es ist nun heute Morgen Jemand gestorben, und muß die Beerdigung in einigen Tagen geschehen" und unter Hinweis auf die völlige Untauglichkeit des bisherigen Friedhofes darum bat, den Toten auf dem angekauften Grundstück beerdigen zu dürfen, setzte sich der Landrat unter dem Zwang des Augenblicks über das formaljuristische Bedenken hinweg und antwortete noch am selbigen Tage: "Hierseits ist nichts dagegen zu erinnern, daß die Beerdigung auf dem neuen Leichenhofe stattfindet, wenn dagegen aus sanitätspolizeilichen Rücksichten keine Bedenken obwalten und keine Rechte dritter Personen verletzt werden."

95 Jahre lang, von 1854 - 1949, wurden auf dem Friedhof die Toten der jüdischen Gemeinde begraben. Die letzte Beerdigung während der Nazizeit fand an einem Februartag im harten Kriegswinter 1941/1942 statt.

Damals wurde Hermann Lobbenberg auf dem inzwischen verwüsteten Friedhof bestattet. Zum letzten Male scholl die Stimme des psalmodierenden Rabbiners über den Friedhof, als im März 1949 Hartwig Stein, der bei einem Verkehrsunfall zu Tode gekommen war, beigesetzt wurde. An die 230 Gräber befinden sich in 8 Reihen auf dem Friedhof, von denen die hinteren 5 aus der Zeit 1854 und 1900 stammen. Die Grabmale sind teilweise so verwittert, daß die Namen nicht mehr zu entziffern sind."

aus Brakel 829...Aa.0. S. 295

Vergleiche auch die im "Haus des Gastes"erhältliche Abhandlung: "Historische Stätten", Jüdischer Friedhof Brakel

Die Arbeitsgemeinschaft "Stadtgeschichte" der VHS unter Herrn Ernst hat inzwischen die Grabstätten aufgelistet. Listen im Archiv.

Verzeichnis der Mitglieder der Synagogengemeinde Brakel 1900/1901
StAdT I L Nr. 272 Bl. 113

		Einkommensteuer	
Haus Nr.:	N a m e	Mark	/ Pfennig
I	Herr Jos. Weiler	330	
26	Herr Jul. Flechtheim	360	
26	Herr Sally Flechtheim	132	
29	Herr Alex Flechtheim	160	
31	Herr Jacob Heineberg	70	
29/23	Herr August Sommer	44	
164	Herr David Liebenberg	52	
174	Herr Jacob Rose	104	
	Herr Victor Scheideberg	2	40
192	Herr Levi Frohsinn	252	
161	Herr Meyer-Rothenberg	252	
248	M. Buchthal	16	
258/59	Frau Wwe. M. Dalberg	21	
	Herr Julius Dalberg	60	
	Herr Siegfried Lobbenberg	80	
299	Herr Juda Lillienthal	16	
304	Herr Samuel Heinemann	36	
323	Herr M. Weiler	450	
325	Herr Bernh. Heineberg	60	
26	Frl. Johanna Gutmann (?)	2	40
	Herr Salomon Lobbenberg	-	
176	Herr Sally Lefebre	2	40
31	Frau Wwe. S. Heineberg	6	
	Herr Jacob Lillienthal	9	
79	Herr Hartwig Stein		
323	Frl. Lina Mathhias	2	40
	Herr Emil Rosenberg	21	
324	Herr Hermann Weiler	160	
269	Herr Hermann Lobbenberg	2	40
	Herr Julius Lobbenberg	2	40
	Herr Albert Lobbenberg	2	40
	Herr Mayer-Königheim, Erkeln	118	
	Herr Fr. Hakeberg, Erkeln	80	

Synagogenvorstand am 27. März 1902

A. Flechtheim
J. Weiler
B. Heineberg
D. Liebenberg
S. Heinemann
L. Frohsinn
Juda Lillienthal
J. Dalberg
(Staatsarchiv Detmold, mitgeteilt von Herrn Ernst)

Zeugnisse wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit der von der Naziverfolgung betroffenen jüdischen Mitbürger Brakels (aus Engemann/Ernst, Nationalsozialismus und Verfolgung in Brakel, Brakel 1988, S. 78/79) möge man aus der o.a. Dokumentation entnehmen, da die Seitenzahl dieses Heftes beschränkt ist.

Bilder aus früheren Tagen



Erster Weltkrieg 1914 - 1918

3. von links: Julius Lobbenberg als Soldat.
1933 in der Alten Waage von der Brakeler SA schwer mißhandelt.



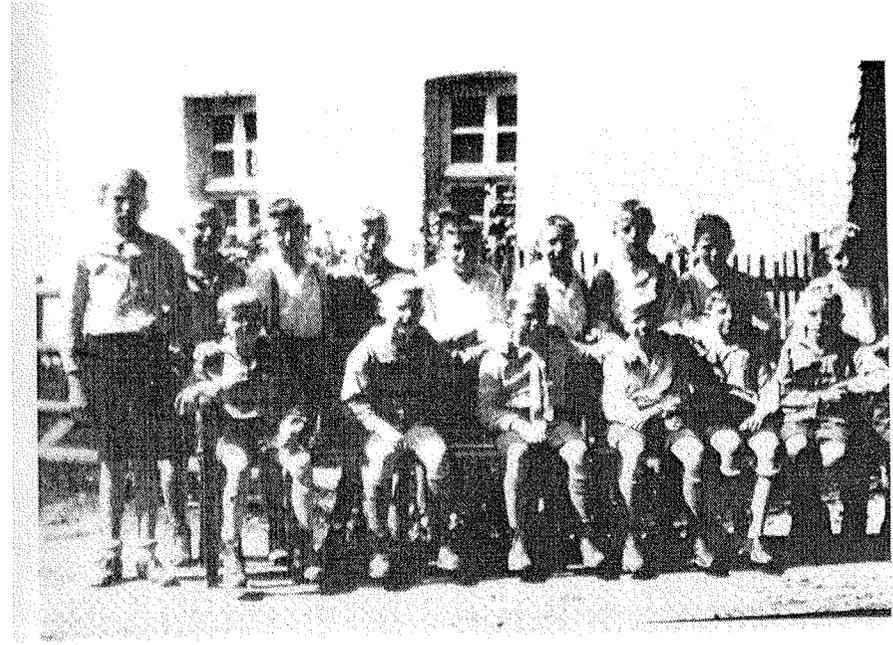
Spielschule der Brede 1926 - 27.

2. Reihe von rechts, 4. und 5. Kind:
Egon Aaron, später ermordet,
Ursel Aaron, Professorin in England



Fastnacht in Brakel 1926 in Dieners Saal, Inh. Gockel,
"Dreizehnlinden" vom Männer-Gesangverein 1880.

Ganz vorn 2. v. rechts:
Adolf Lobbenberg, Klosterstr. 1, in Riga ermordet.



Städt. Kath. Rektorschule Brakel
Sexta 1932
"Ausflug" zur Enderhöhe
(Aufnahme: StAss Hergenröther)
Reihe stehend, 3. v. links:
Günther Hakesberg, in Auschwitz ermordet.

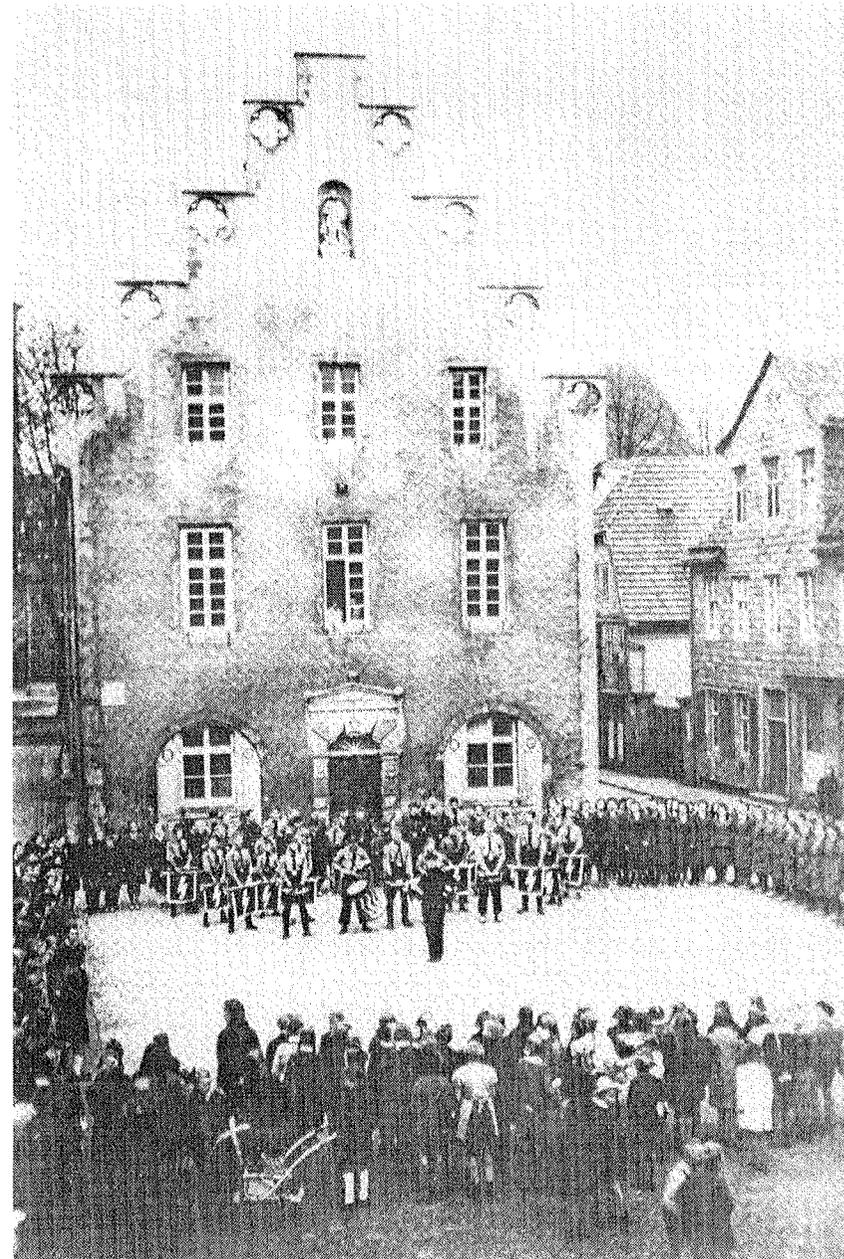
Die Nationalsozialistische Judenverfolgung und Vernichtung

Die Aufgliederung der Brakeler Bevölkerung nach Christen und Juden 1864 - 1946 (nach Birgitta Schulte A.a.O. S. 30,31)

Einwohner				
Jahr	gesamt	kath.	ev.	Juden
1864	2875			
1880	2916	2581	165	143
1895	3341	2979	239	123
1910	3642	3290	246	106
1933	4122	3688	316	108
1939	4163	3780	330	35
1946	5974	5016	912	3

Die Auflistung zeigt, daß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Zahl der jüdischen Einwohner Brakels fast ständig abgenommen hat oder aber stagnierte. 1874 waren es noch 174 Juden die Brakel zum Heimatort hatten. Diese Tendenz konnte man übrigens im ganzen Regierungsbezirk Minden erkennen und wird darauf zurückgeführt, daß sich die Juden zu Beginn des Industriezeitalters lieber in den Städten niederließen, weil sie dort bessere Möglichkeiten des beruflichen und sozialen Aufstiegs sahen. Auf dem Land waren die beruflichen Chancen eben doch sehr eingegrenzt.

69 vgl.: Die Zahlen der Jahre 1864, 1880, 1895 und 1910 sind dem Bericht des Magistrats zu Brakel über den Stand und die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten für das Geschäftsjahr 1. April 1913 bis 1. April 1914, Stadt Brakel (Hrsg.), 1914, S. 7, die Zahlen der Jahre 1933, 1939 und 1946 sind dem Verwaltungsbericht der Stadt Brakel für das Jahr 1946, Stadt Brakel (Hrsg.), Brakel, 1947, S. 1, entnommen worden.



Zum Charakter der Nationalsozialistischen Judenverfolgung:
War der Antisemitismus seit dem Mittelalter religiös oder ökonomisch motiviert, so trat seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein weiteres Motiv dazu:

Das Rassische.

So konnte man 1933 nach der Machtergreifung durch die Nazis im Brakeler Anzeiger lesen: (nach Engemann/Ernst, A.a.O. S. 19)

Wertung des Blutes 24)

Der Nationalsozialismus bekennt sich damit zu einer heroischen Lehre der Wertung des Blutes, der Rasse und der Persönlichkeit sowie der ewigen Auslesegesetze und tritt somit bewußt in unüberbrückbare Gegensätze zur Weltanschauung der pazifistisch-internationalen Demokratie und ihren Auswirkungen.

Diese nationalsozialistische Weltanschauung führt zwangsläufig zu einer Neuorientierung auf fast sämtlichen Gebieten des völkischen Lebens. Die Größe der Auswirkungen dieser gewaltigen geistigen Revolution läßt sich heute noch nicht annähernd abschätzen. So wie erst im Laufe einer langen Entwicklung dem Menschen der Zusammenhang zwischen Zeugung und Geburt klar wurde, so beginnt heute erst der Menschheit die Bedeutung der Gesetze der Rasse und ihrer Vererbung aufzudämmern. Diese klare Erkenntnis und bewußte Berücksichtigung wird der kommenden Entwicklung einst als Grundlage dienen.

Ausgehend von dieser Erkenntnis, daß aber auf die Dauer alles Geschaffene nur durch dieselben Kräfte zu erhalten ist, die vorher die Träger der Schöpfung waren, wird der Nationalsozialismus im deutschen Volke das Wesen derjenigen Bestandteile zu dominierendem Einfluß und damit zur sichtbarsten Auswirkung bringen, die die Bildung unseres deutschen Volkstörpers im Laufe vieler Jahrhunderte angeregt und durchgeführt haben.

Wenn aber die nationalsozialistische Mission ihre innere Berechtigung erhalten soll, dann wird sie den deutschen Menschen aus der Tiefe einer nur materialistischen Lebensauffassung herausheben müssen in die Höhe einer würdigen Vertretung dessen, was wir unter dem Begriff „Mensch“ verstehen wollen. Der Mensch, der zur Befriedigung und Ausfüllung seines Lebens nichts benötigt als Essen und Trinken, hat nie Verständnis für den, der lieber am täglichen Brote kargt, um den Hunger seiner Seele und den Hunger seines Geistes zu stillen.

"Wie sehr sie (die Juden) den nahenden Sieg schon vor Augen sehen, geht aus der furchtbaren Art hervor, die ihr Verkehr mit den Angehörigen der anderen Völker annimmt. Der schwarzhäufige Judenjunge lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blute schändet und damit seinem, des Mädchens, Volke raubt. Mit allen Mitteln versuchte er die rassischen Grundlagen des zu unterjochenden Volkes zu verderben. So wie er selber planmäßig Frauen und Mädchen verdirbt, so schreckt er auch nicht davor zurück, selbst im größeren Umfange die Blutschraken für andere einzureißen. Juden waren und sind es, die den Neger an den Rhein bringen, immer mit dem gleichen Hintergedanken und klaren Ziele, durch die dadurch zwangsläufig eintretende Bastardisierung die ihnen verhaßte weiße Rasse zu zerstören, von ihrer kulturellen und politischen Höhe zu stürzen und selber zu ihren Herren aufzusteigen. Denn ein rassereines Volk, das sich seines Blutes bewußt ist, wird vom Juden niemals unterjocht werden können. Es wird auf dieser Welt ewig nur der Herr von Bastarden sein. So versucht er planmäßig, das Rassenniveau durch eine dauernde Vergiftung der einzelnen zu senken. Politisch aber beginnt er, den Gedanken der Demokratie abzulösen durch den der Diktatur des Proletariats. In der organisierten Masse des Marxismus hat er die Waffe gefunden, die ihn die Demokratie entbehren läßt und ihm an Stelle dessen gestattet, die Völker diktatorisch mit brutaler Faust zu unterjochen und zu regieren.

Es gibt nur ein heiligstes Menschenrecht, und dieses Recht ist zugleich die heiligste Verpflichtung, nämlich: dafür zu sorgen, daß das Blut rein erhalten bleibt, um durch die Bewahrung des besten Menschentums die Möglichkeit einer edleren Entwicklung dieser Wesen zu geben. Ein völkischer Staat wird damit in erster Linie die Ehe aus dem Niveau einer dauernden Rassenschande herauszuheben haben, um ihr die Weihe jener Institution zu geben, die berufen ist, Ebenbilder des Herrn zu zeugen und nicht Mißgeburten zwischen Mensch und Affe."

Entrechtung und Verfolgung

NS-Judenpolitik per Gesetz und Verordnung 1933 bis 1938

1933

1. April. Die NSDAP organisiert in ganz Deutschland Boykott-Aktionen gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte.

7. April. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ schickt „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind“, in Zwangspension; ausgenommen sind zunächst „Frontkämpfer“ und Hinterbliebene von Gefallenen des Ersten Weltkriegs.

22. April. Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers entzieht den jüdischen Ärzten die Kassenzulassung.

25. April. Der „Reichssportkommissar“ verfügt die Einführung des „Arier-Paragrafen“ bei allen Sportvereinen: Mitglied kann nur sein, wer seine „arische Abstammung“ nachweisen kann.

22. September. Ein Gesetz installiert die „Reichskulturkammer“. Sie bereitet unter ihrem Präsidenten Goebbels Berufsverbote für jüdische Künstler und Journalisten vor.

1934

28. Februar. Ein Erlaß des Reichswehrministers führt den „Arier-Paragrafen“ in der Wehrmacht ein.

5. März. Berufsverbot für jüdische Schauspieler auf deutschen Bühnen.

22. Juli. Die neue Ausbildungsordnung für Juristen läßt jüdische Studenten nicht mehr zur Prüfung zu.

1935

5. Februar. Jüdische Medizinstudenten werden nicht mehr zur Prüfung zugelassen.

März. Berufsverbot für alle jüdischen Schriftsteller.

15. September. Auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg werden das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verkündet. Die „Nürnberger Gesetze“ nehmen den deutschen Juden alle staatsbürgerlichen Rechte. Eheschließungen „zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ sind verboten, ebenso außereheliche Beziehungen zwischen „Ariern“ und Juden („Rassenshände“).

14. November. Die erste Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“ verfügt, daß alle Juden ohne Ausnahme aus dem Staatsdienst zu entlassen sind.

1936

29. Januar. Hitler-Stellvertreter Heß verbietet im Olympia-Jahr mit Rücksicht auf die Besucher aus dem Ausland Schilder mit extremen antisemitischen Aufschriften.

15. April. Die „Reichspressekammer“ führt den „Arier-Paragrafen“ ein.

1937

15. April. Promotionsverbot für Juden an allen deutschen Universitäten.

12. Juni. Ein Geheimerlaß des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich ordnet an, daß „jüdische Rassenschänder“ nach der Verbüßung der Strafe in ein Konzentrationslager einzuweisen seien.

1938

26. April. Eine „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“ über 5000 Reichsmark leitet die systematische „Arisierung jüdischer Wirtschaftsbetriebe“ ein.

6. Juli. Ein „Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung“ untersagt Juden, Auskunfteien zu betreiben, ebenso Maklergeschäfte, Heiratsvermittlungen, Hausverwaltungen.

23. Juli. Das Reichsinnenministerium kündigt die Einführung der „Kennkarte für Juden“ an.

25. Juli. Generelles Berufsverbot für alle jüdischen Ärzte.

17. August. Nach einer Verordnung des Reichsinnenministers haben alle Juden den zusätzlichen Vornamen „Sara“ beziehungsweise „Israel“ anzunehmen.

27. September. Generelles Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte.

5. Oktober. Auf Anordnung des Reichsinnenministers sind Reisepässe von Juden mit einem großen „J“ zu stempeln.

9./10. November. Die NS-Führung inszeniert einen Judenpogrom („Reichskristallnacht“).

12. November. Die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenschildes bei jüdischen Gewerbebetrieben“ bestimmt, daß Juden alle Schäden des Pogroms selbst zu bezahlen haben. Die „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“ legt eine „Kontribution“ von einer Milliarde Reichsmark fest. Die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ verfügt die Schließung aller jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe.

B IV, 4

Der Boykott vom 1. April 1933 (aus Engemann/Ernst A.a.O. S. 104)

Aufruf.

Die Juden im Auslande haben unberechtigt einen Lügenfeldzug gegen Deutschland in großer Form eröffnet und zum Warenboykott gegen unsere Nation aufgerufen. Keinem Juden in Deutschland ist und wird ein Haar gekrümmt.

Das deutsche Volk hat den Abwehrkampf aufgenommen.

Ab Samstag, den 1. April pünktlich 10 Uhr hört jede Verbindung Deutscher mit Juden auf. Kein Deutscher kauft von Juden, noch verkauft er an sie.

Die strikte Durchführung wird von SA und SS bewacht. Jeder Deutscher muß den Abwehrkampf mitmachen.

Solange Juda die Folgen der Lügen und Deutschenhetze nicht hundertprozentig gut macht, bleibt der Boykott bestehen.

Es lebe Deutschland! Nieder mit den Verrätern!

NSDAP, Ortsgr. Brakel.

Brakeler Anzeiger, 31.3.33

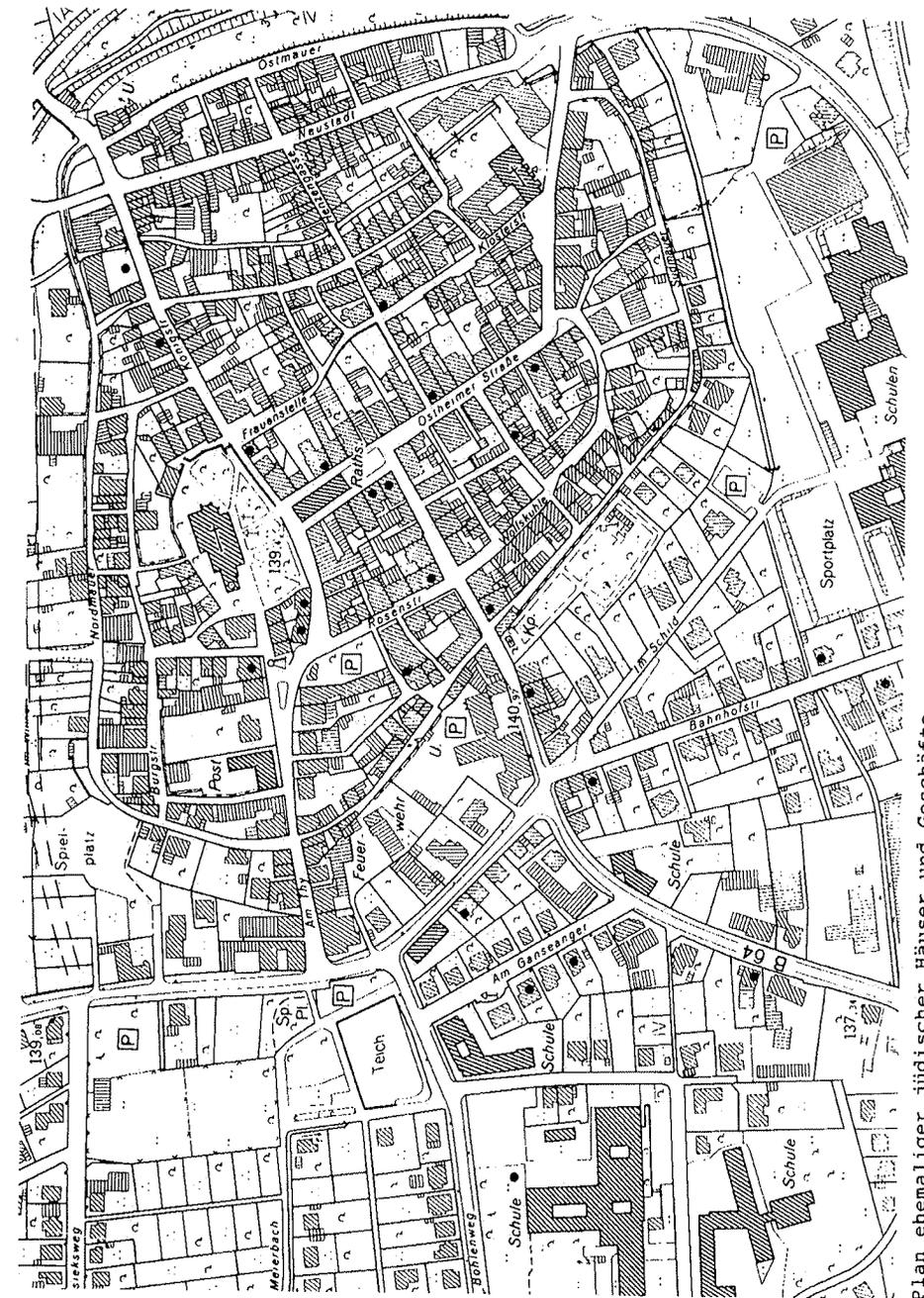
"Auch in Brakel patroullierten SA-Leute vor den jüdischen Geschäften und hinderten die Brakeler am Hineingehen. Diejenigen, die sich nicht abschrecken ließen, so hieß es, sollten photographiert werden."

Nach B. Schulte, a.a.O. S.35 ff

"Die Juden besaßen in der Stadtmitte viele Geschäfte, die bis 1939 alle arisiert bzw. aufgelöst wurden. Zu diesen Geschäftsinhabern gehörten:

1. Dalberg, Robert, Lederwarengeschäft in der Rosenstraße
2. Frohsinn, Berta, Fellhandel
3. Hakesberg, Sigmund, Hutladen in der Ostheimer Straße
4. Lefebre, Sali, Kolonialwarengeschäft am Markt
5. Liebenberg, Salli und David, Textilgeschäft in der Ostheimer Straße
6. Rose, Albert, Kolonialwarengeschäft in der Nieheimer Str.
7. Rothenberg, Nathan, Textilgeschäft am Markt
8. Sommer, August, Kolonialwarengeschäft in der Königstraße
9. Weiler, Josef, Spirituosen am Markt

Nach B. Schulte, a.a.O.S 35 ff - aus Engemann, Ernst, a.a.O.S.104



Plan ehemaliger jüdischer Häuser und Geschäfte

Der Ablauf der Ereignisse (nach: Der Judenpogrom 1938, Frankfurt 1988, Fischer 1480, S. 76 folgende)

Uwe Dietrich Adam

Der Ablauf der Ereignisse

Montag, 7. November 1938

In den Vormittagstunden gibt der 17jährige polnische Jude Herschel Grynszpan zwei Schüsse auf den Legationsrat vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris ab. Der Diplomat wird an der Schulter verletzt. Eine Kugel durchschlägt die Milz und berührt die Magenwand. Vom Rath wird sofort operiert; sein Zustand ist sehr ernst.

Am Spätnachmittag entsendet Hitler seinen Begleitarzt, Dr. Karl Brandt, und Professor. Dr. Georg Magnus aus Münster nach Paris, um den französischen Ärzten zur Seite zu stehen.

Dienstag, 8. November 1938

Der "Völkische Beobachter" bringt eine erste Meldung über das Attentat in Paris und zugleich einen Leitartikel, in dem eine Parallele zum Mordfall Gustloff 1936 in der Schweiz gezogen und gleichzeitig beklagt wird, "daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen..." Er schließt mit der Drohung: "Die Schüsse in der Deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur der Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten..." Am Abend und in der Nacht kommt es in einigen Orten Deutschlands zu örtlichen Übergriffen gegen jüdische Geschäfte und Wohnungen sowie zu Synagogenbränden. Voraus gingen jeweils Kundgebungen der Partei zur Erinnerung an den Hitlerputsch, Hetzreden der örtlichen Parteiführer mit anschließenden "spontanen Aktionen" von Partei und SA. Gauleiter Sprenger von Kurhessen, der von den Ausschreitungen in seinen Gauen Kenntnis erhalten hatte, verbot in einem Geheimbefehl alle weiteren Einzelaktionen.

21.00 Uhr:

Hitler hält seine traditionelle Rede im Bürgerbräukeller, geht jedoch mit keinem Wort auf das Attentat ein.

Mittwoch, 9. November 1938

Um die Mittagszeit findet der feierliche Gedenkmarsch zur Feldherrnhalle statt, der mit einer Zeremonie beendet wird.

17.30 Uhr:

Der von Hitler unmittelbar nach dem Attentat zum Botschaftsrat beförderte vom Rath stirbt in Paris.

20.00 Uhr:

Die Parteiführer und "Alten Kämpfer" finden sich zu einem Kameradschaftsabend im "Alten Rathaus" in München ein.

Die SS-Führer befinden sich nahezu geschlossen im Hotel "Vier Jahreszeiten", darunter auch der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich. Reichsmarschall Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, befindet sich in seinem Sonderzug auf der Rückfahrt nach Berlin.

21.00 Uhr:

Hitler wird während des Essens der Tod vom Rath gemeldet. Er führt eine "außerordentlich eindringliche Unterredung" mit dem neben ihm sitzenden Propagandaminister Goebbels, von dessen Inhalt auch die Nachbarn nichts verstehen. Hitler verläßt unmittelbar nach Abschluß des Essens die Versammlung, ohne, wie sonst üblich, zu der Versammlung zu sprechen. Er begibt sich zu seiner Wohnung in die Äußere Prinzregentenstraße.

22.00 Uhr:

Kurz nach Hitlers Abgang teilt Goebbels den Tod vom Rath mit und hält eine Rede, in der er auf judenfeindliche Kundgebungen in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt hinweist und anfügt: "Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten". Die anwesenden Parteiführer verstehen die Rede so, "daß die Partei nach außen nicht als Urheber von Demonstrationen in Erscheinung treten, sie in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte".

22.30 Uhr:

Der Kameradschaftsabend löst sich auf. Die anwesenden Gauleiter rufen noch aus dem "Alten Rathaus" ihre Gauleitungen bzw. Gaupropagandaleitungen an und instruieren sie in mehr oder minder präziser Form, mit entsprechenden Aktionen gegen Synagogen, jüdische Häuser und Geschäfte loszuschlagen. SA-Stabschef Viktor Lutze sammelt die SA-Führer im "Alten Rathaus" und weist in einer kurzen Rede auf die Lage hin.

23.00 Uhr:

Die SA-Führer begeben sich in ihre Quartiere im "Rheinischen Hof", von wo aus sie bis 24 Uhr ihre Gruppen zu erreichen suchen.

23.15 Uhr:

Heydrich erhält im Hotel "Vier Jahreszeiten" einen Anruf der Staatspolizeistelle München, die Gaupropagandaleitung München-Oberbayern habe einen Befehl zum Ausbruch einer Judenaktion durchgegeben, wonach die Staatspolizei sich nicht hindernd einmischen solle. Heydrich ist überrascht und bittet SS-Gruppenführer Karl Wolff, zu Himmler zu gehen, um nach Weisungen zu fragen.

23.30 Uhr:

Wolff trifft Himmler in Hitlers Wohnung in der Äußeren Prinzregentenstraße und unterrichtet ihn über den Sachverhalt. Himmler, der den Eindruck hat, daß auch Hitler von den Vorgängen überrascht wird, fagt nach Befehlen: "Der Führer antwortete, daß sich die SS aus dieser Aktion heraushalten solle. Die Staatspolizeistellen sollten für die Sicherstellung des jüdischen Eigentums und für den Schutz der Juden sorgen".

23.45 Uhr:

Erste Meldung vom Brand eines jüdischen Hauses. Schloß Planegg, im Besitz des Barons Hirsch, ist von unbekanntem Tätern angezündet worden.

23.55 Uhr:

Der Chef des Geheimen Staatspolizeiamts, Heinrich Müller, unterrichtet die Staatspolizeileitstellen mit Fernschreiben aus Berlin von zu erwartenden Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte und Synagogen mit dem Befehl, daß sich die Staatspolizei heraushalten solle.

24.00 Uhr:

Hitler und Himmler treffen auf dem Odeonsplatz zur Abnahme der Vereidigung der SS-Rekruten ein.

"Polizeifunkdienst Regierung Minden, ssd. berlin nr. 4, 10.11.1938, 6.30 Uhr

der jüdische mordüberfall in paris hat spontane demonstrationen und aktionen gegen juden und jüdischen besitz und jüdische synagogen im ganzen deutschen reich ausgelöst. diese demonstrationen und aktionen sind verständlich und polizeilich nur nach ganz bestimmten richtlinien zu überwachen bzw. einzuschreiten. es wird befohlen 1. die befehlsstellen der ordnungspolizei setzen sich sofort in einvernehmen mit den zuständigen sicherheitsorganen und in verständigung mit den zuständigen polizeiverwaltungsdienststellen und treten mit den zuständigen parteidienststellen in verbindung um genau darüber unterrichtet zu sein wo solche demonstrationen und aktionen stattfinden. z. die ordnungspolizei begleitet solche demonstrationen und aktionen nur mit schwachen kräften in zivil um evtl. plünderungen zu verhindern uniformierte ordnungspolizei wird nur im äussersten notfalle eingesetzt verhaftungen nimmt nur die sicherheitspolizei vor. 3. die polizeidienststellen haben sich sofort mit den parteidienststellen in verbindung zu setzen und dafür Sorge zu tragen daß brandlegungen unter allen umständen unterbleiben. 4. zerstörte offene läden wohnungen synagogen und geschäfte von juden sind zu versiegeln und zu bewachen vor plünderungen zu schützen. 5. polizeiliche verstärkungen sind soweit notwendig von der allgemeinen und aktiven ss gemäß befehl des reichsführers ss anzufordern. 6. grössere demonstrationen und aktionen dieser art sind sofort an mich zu melden.

der chef der ordnungspolizei
sonderbefehlsstab
ges. daluege

Blitz Berlin NÜ 243 850, 10.11.38, 17.20

An alle Staatspolizei(leit)stellen und SD-Oberabschnitte und SA-Unterabschnitte.

Die Einstellung der Protestaktionen wird voraussichtlich in kürzester Frist befohlen. - Es wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Festnahmeaktionen durch Staatspolizei fortgesetzt werden. - Für rascheste Überführungen in die Konz. Lager ist Sorge zu tragen.

Gestapo Berlin II
gez. Müller"

Aus: "Brakel, 829", a.a.O. S. 291- 92; Engemann-Ernst 9.9.0.S.112

B IV, 5 b

Die Darstellung in der Heimatzeitung (aus Engemann/Ernst, A.a.O. S. 110 - 113)

Frecher jüdischer Überfall

Deutscher Legationssekretär in Paris durch Schüsse verletzt. ¹⁾

Auf den Legationssekretär an der Deutschen Botschaft in Paris, vom Rath, wurde Montag morgen in seinem Dienstkammer ein Revolverattentat verübt. Als Täter wurde später der jüdische polnische Staatsangehörige, Herschel Zeibel Grynspan festgestellt.

Im einzelnen spielte sich der Verfall wie folgt ab: Der Täter meldete sich bei einem Amtsgehilfen der Botschaft und verlangte einen der Legationssekretäre zu sprechen. Er wurde darauf zu Legationssekretär vom Rath geführt. Gleich darauffolien in dem Zimmer des Herrn vom Rath Schüsse, und der soeben erst gemerkte Fremde versuchte, zu flüchten. Der Amtsgehilfe der Botschaft veranlaßte daraufhin die sofortige Festnahme des Täters durch den vor dem Botschaftsgebäude stehenden französischen Polizeibeamten, der den Täter dem nächsten Polizeikommissariat zuführte.

Zur sofort durchgeführten Vernehmung erklärte der Täter, er habe das Attentat verübt, um seine jüdischen Kameraden zu rächen.

Die Botschaft hat beim französischen Außenministerium strengste Durchführung der Untersuchung verlangt und zugesagt erhalten. Legationssekretär vom Rath ist in ein Krankenhaus übergeführt und in ärztliche Pflege genommen worden.

Der Kauf der Mordwaffe

Der Polizei ist es gelungen, den Waffenhändler ansfindig zu machen, der dem Judenengel den Revolver verkauft hat. Der Waffenhändler Garpe ist von der Polizei befragt worden und hat erklärt, daß Herschel Zeibel Grynspan ihm sehr ruhig erschienen sei und über die Gründe für den Revolverkauf gesagt habe, er frage des öfteren größere Geldbeträge bei sich. Der Jude habe zunächst zwischen einem automatischen Revolver und einem Trommelrevolver in seiner Wahl geäußert. Auf Ratrafen des Waffenhändlers kaufte er dann den Trommelrevolver Kaliber 6,35.

Über seine Existenzmittel verhehrt, erklärte Herschel Zeibel Grynspan, er habe vor etwa 14 Tagen von seiner Familie rund 3000 Franken erhalten.

Vom Raths Zustand sehr ernst

Über die Verletzungen, die Legationssekretär vom Rath bei dem frühen jüdischen Revolverattentat in der Deutschen Botschaft in Paris erlitt, verlauten von zuständige Stelle nach folgende Einzelheiten:

Eine der beiden Kugeln, die der Jude Grynspan auf den deutschen Legationssekretär abschoss, streifte die Haut und drang in die Schulter ein. Die dadurch hervorgerufene Verletzung ist nicht gefährlich. Die zweite Kugel dagegen drang in die Seite ein und durchschlug die Milz, weiter verletzte sie die Magenwand an zwei Stellen. Glücklicherweise ist die Nierenkapsel nicht getroffen worden.

Es erwies sich als notwendig, die Milz zu entfernen. Die Verwundungen am Magen wurden genäht. Die Operation war infolge der Art und der Stellen der Verletzungen außerordentlich schwierig. Sie ist jedoch gut verlaufen. Der Zustand des Verletzten bleibt, ohne unmittelbaren Befürchtungen Anlaß zu geben, sehr ernst.

Mohrführerlegte Tat

Der Täter, ein 17jähriger Jude, besitzt einen von dem Pariser politischen Generalkonsulat ausgestellten Paß. Es handelt sich bei ihm nicht um einen Christenranken, sondern er macht einen durchaus normalen Eindruck und hat seine Tat offensichtlich überlegt. Der Täter Grynspan hatte bis zum 15. August d. J. bei seinem Onkel in Paris gewohnt. An diesem Tage zog er dort aus. Seitdem war sein Aufenthalt unbekannt. Der jüdische Täter weigert sich, anzugeben, wo er sich seitdem aufgehalten hat. Dieser auffällige Tatbestand gibt der Vermutung Raum, daß Grynspan Einweges allein hinter dem Verbrechen steht. Es muß vor allem aufgeklärt werden, von welcher Seite er die neue Pistole erhalten hat.

Daladiers Anteilnahme

Der frige Anschlag hat in Paris größte Aufsehen erregt. Die Presse berichtet ausführlich über den Anschlag und die Verhaftung des Verbrechens. Ministerpräsident Daladier hat dem deutschen Botschafter seine persönliche Anteilnahme sowie die Anteilnahme der Regierung übermitteln. Desgleichen haben sich zahlreiche politische Persönlichkeiten aus der Botschaft nach dem Befinden des Legationssekretär vom Rath erkundigt.

Der "Antraufgeant" schreibt, das bedauerliche Attentat habe in Paris große Traurigkeit hervorgerufen. Es rufe auf neue die Fregre der unblutbaren Unblutbare auf, die nach Frankreich kämen, um sich ihren unkontrollierbaren Nachenschaften hinzugeben.

Brakel, 10. Nov. 5) Aus Empörung über die Ermordung des deutschen Gesandtschaftsrats vom Rath durch den jüdischen Verbrecher Grünspan kam es in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag auch hier zu antisjüdischen Aktionen. Die erbitterte Bevölkerung gab damit dem Weltjudentum die eindringliche Warnung, daß das deutsche Volk feige jüdische Mordratten nicht duldet. Die Polizei nahm die in Brakel wohnenden männlichen Juden in Schutzhaft.

5) NW, 1938, Nr. 134

"In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 brannten in Deutschland die Synagogen, wurden jüdische Geschäfte und Warenhäuser geplündert, jüdische Wohnungen beschädigt. Auch vor den Toten wurde nicht haltgemacht. Jüdische Friedhöfe wurden geschändet. In Brakel wurde ebenfalls der Friedhof verwüstet. In einem Schreiben vom 24. Juli 1940 teilt Robert Dalberg mit, daß unter zahlreichen anderen Gedenksteinen auf dem jüdischen Friedhof von Brakel, auch der von Julius Heineberg umgestürzt wurde. Als Interessenvertreter von Frau Emma Heineberg, die schon länger aus Brakel fort ist, schlug er einen Liegestein vor, da die Schändung des Friedhofes sich sicherlich wiederholen würde.

Nicht nur der Brakeler Judenfriedhof wurde beschädigt, sondern auch die Synagoge. Allerdings wurde sie nicht angezündet, da sie in direkter Nachbarschaft zu anderen Gebäuden stand, die sonst von dem Flammenmeer erfaßt worden wären. Die Synagoge wurde -wie alle Synagogen im Kreis Höxter - erheblich beschädigt. Fensterscheiben wurden eingeworfen und die Inneneinrichtungen beschmutzt. Die kleine Orgel der jüdischen Gemeinde hielt der 'Verwüstung stand"

Aus: B. Schulte, a.a.O.S.45

Aus: Engemann, Ernst, a.a.O.S. 114:

Der amtliche Bericht über die "Kristallnacht" in Brakel: (Aus "Brakel...", S. 292)

Der Landrat
U Höxter, den 18. November 1938
An die Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle -
in Bielefeld

Betrifft: Aktion gegen Juden

(...)

6. Kaufmann Nathan Rothenberg - Brakel, Fensterscheiben (etwa 5,- RM) 7. Kaufmann August Sommer - Brakel, Königstraße, desgleichen, B. Kaufmann Richard Flechtheim - Brakel, Thystraße, desgleichen, (etwa 24,- RM) 9. Kaufmann Salli Liebenberg Brakel, Adolf-Hitler-Straße, Schaufensterscheiben, Schaden etwa 449,- RM. Versichert mit 364,- RM, bei der Provinzial-Glasversicherung. 10. Kaufmann Robert Dahlberg - Brakel, Am Bohlenweg, etwa 215 Scheiben, Schaden etwa 650,- RM. 1)

(...)

Die gesetzlichen Maßnahmen des Ministerpräsidenten Göring sind mit Genugtuung aufgenommen worden, wenn auch in einzelnen Fällen die Regelung der Versicherungsansprüche bedenklich gefunden wird. Die Festnahme der männlichen Juden ist im Augenblick der Erregung über den Pariser Vorfall zunächst gebilligt worden. Als jedoch die verschiedensten Gerüchte über erfolgte Mißhandlungen, insbesondere allerdings aus Orten außerhalb des Kreises, bekannt wurden und als der öffentliche Abtransport der mehr oder weniger kläglich aussehenden Gestalten erfolgte, war zu beobachten, daß die Sympathie der Bevölkerung nicht bei dieser Aktion war. Die Bevölkerung war ernst und gedrückt. Hier und da waren deutlich Anzeichen von Mitleid festzustellen. Völlig verurteilt ist die Zerstörung von Sachwerten, insbesondere die Vorfälle in Pömbesen. Sehr bedenklich ist die Beschädigung der Synagogen aufgenommen worden, da gerade die kath. Bevölkerung in ihrer bekannten Achtung vor äußeren sakralen Einrichtungen in diesen Synagogen vielmehr religiöse Stätten, wie Bollwerke des Judentums sah. Die Vermutung, daß eine gleiche Aktion eines Tages auch die Kirchen treffen könne, ist verschiedentlich aufgetaucht. Ganz allgemein hat die Aktion gezeigt, daß der größte Teil der ländlichen Bevölkerung eine solche Aktion als mit dem deutschen Ansehen und der deutschen Würde nicht für vereinbar hält, und dieser Eindruck überschattet z.Z. noch die an sich vorhandene Befriedigung über die Lösung der wirtschaftlichen Seite des Judenproblems.

1) Die hohe Anzahl der bei Familie Dahlberg zertrümmerten Scheiben rührt daher, daß Frau Dahlberg, franz. Staatsangehörige, einen großen Wintergarten mit exotischen Vögeln hatte, an denen sie mit großer Liebe hing.

Die Folgen

Ausschaltung der jüdischen Bürger aus dem Wirtschaftsleben (Engemann/Ernst, A.a.O. S. 114)

Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben

Die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, die der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erlassen hat, lautet: Auf Grund der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom 18. Oktober 1936 (RGBl. I S. 887) wird folgendes verordnet:

§ 1

Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 Reichsgesetzbl. I S. 1333) ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt. Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen. Jüdische Gewerbebetriebe (3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 11. Juni 1938 — Reichsgesetzbl. I S. 627), die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.

§ 2

Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 45) sein. Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihn mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Verträge, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.

§ 3

Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein. Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich.

Die zuständigen Reichsminister werden ermächtigt, die zu dieser Verordnung erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Sie können Ausnahmen zulassen, soweit diese infolge der Überführung eines jüdischen Gewerbebetriebes in nicht jüdischen Besitz, zur Liquidation jüdischer Gewerbebetriebe oder in besonderen Fällen zur Sicherstellung des Bedarfs erforderlich sind.

Berlin, den 12. November.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan.

gez. Göring,
Generalfeldmarschall

Nach dem Pogrom 1938 sind 120.000 jüdische Bürger ausgewandert. Dies unter immer schwereren Bedingungen wie die Dokumente zeigen. (Privatbericht). Und Engemann-Ernst a.a.O. S. 116/17



ST. RAPHAELS-VEREIN

zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer E.V. - Gegründet 1871
 Amtlich anerkannte gemeinnützige Auswandererberatungsstelle
 Postfach: Hamburg Nr. 59208 / Fernsprecher: 24 30 26 / Telegr.-Adresse: Raphaelverein

B. Nr. 7164 Dr. Stf.
 Bitte in der Antwort anzugeben.

HAMBURG 1, 25.5.39.
 GROSSE ALLEE 42

Frau

S. Lobbenberg

B r a u e r Krs. Müxter

Rathsgasse

Sehr geehrte Frau Lobbenberg!

Wir erhielten die Zuschrift Ihres Gatten vom 20.5., der allerdings

seit Februar mit uns wegen seiner Auswanderung in Verbindung

steht. - Es würde uns nun sehr interessieren zu erfahren, welche

Wartenummer Sie bei dem amerikanischen Generkonsulat in Stuttgart

haben, damit wir uns gegebenenfalls bei unseren Freunden

in New York wegen einer etwaigen Bürgerschaft bemühen könnten.

Teilen Sie uns auch bitte mit, ob Sie selbst bereits irgendwelche

Fäden angeknüpft haben, die sich für Ihre Auswanderung verwerten

lassen.

Ergebenst:

M. J. Müller

Zuschriften wollen man im allgemeinen an den Verein und nicht an persönliche Adressen richten.

ST. RAPHAELS-VEREIN

ZUM SCHUTZE KATHOLISCHER DEUTSCHER AUSWANDERER E.V.
 Amtlich anerkannte gemeinnützige Auswandererberatungsstelle
 HAMBURG 1, GROSSE ALLEE 42

17. Folge Nr. 6 W i n k e 10. Januar 1940 Nicht f.d. Presse!

Betr.: USA-Einwanderung.

- 1.) Anwärter auf die deutsche Quote, die keine höhere Stuttgarter Wartenummer als 19999 haben, können ihre Bürgerschaftspapiere jetzt dem Konsulat einreichen, falls sie das noch nicht getan haben. Bedingung ist, dass die Bürgschaften nicht vor dem 31. März 1939 ausgestellt worden sind. Bürgschaften, die vor diesem Datum ausgeschrieben sind, müssen nebst sämtlichen Unterlagen erneuert werden.
- 2.) Das amerikanische Einwanderungsvisum wird auf deutsche Pässe nur dann erteilt, wenn der Pass den Vermerk "gültig für In- und Ausland" hat. Die Gültigkeit des Passes sollte bei der Vorlegung am Konsulat mindestens vier Monate betragen.
- 3.) Bei Kindern, die keine eigenen Pässe haben, empfiehlt es sich, die Namen der Kinder im elterlichen Pass zu führen und auch polizeilich abgestempelte Lichtbilder der Kinder in den Pass aufnehmen zu lassen.
- 4.) Das Einwanderungsvisum für USA hat vier Monate Gültigkeit. Eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer eines Einwanderungsvisums, das noch nicht abgelaufen ist, ist nicht möglich. Es kann lediglich zum Ersatz für ein bereits abgelaufenes Visum ein neues Visum gewährt werden, vorausgesetzt, dass die Gewährung noch innerhalb des laufenden Quotenjahres (1. Juli bis 30. Juni) geschieht. Hierbei muss aber das ganze Visumserteilungsverfahren noch einmal wiederholt werden. Der Einwanderer muss erneut beim Konsulat vorgeladen werden, er muss mit einer neuen ärztlichen Untersuchung rechnen, er muss neue polizeiliche Führungszeugnisse und Lichtbilder vorlegen, die Gebühren noch einmal bezahlen und im Besitz eines Passes mit genügender Gültigkeitsdauer und eines gültigen Ausreisevermerks sein. In der Regel hat der Auswanderer auch nachzuweisen, mit welchem Schiff er fahren wird und dem Konsulat die Schiffsfahrkarte vorzulegen bzw. die erfolgte Buchung zu beweisen. Dem Konsulat sind die Gründe anzugeben, warum die rechtzeitige Ausreise auf das erste Visum nicht stattgefunden hat. Wenn die Unterlassung der rechtzeitigen Ausreise nicht auf einem Verschulden des Auswanderer beruht, kann er mit Erneuerung des Visums rechnen, vorausgesetzt dass alle andere Bedingungen ordnungsgemäss erfüllt sind.
- 5.) Für die Besprechung mit dem Konsulatsbeamten ist es wichtig, die Einwanderungsbestimmungen zu kennen, damit man nicht durch unkluge Antworten den Beamten misstrauisch macht. Abgesehen von freien Berufen wie Hausangestellte etc. ist die vorherige Annahme einer Stellung und der Besitz eines Arbeitskontraktes aus USA ein Hinderungsgrund für die Einwanderung. Auch ist es untersagt, dass der Einwanderer von Organisationen oder Hilfswerken die Überfahrt bezahlt erhält, vielmehr besteht die Annahme, dass jeder Einwanderungswillige selber die Kosten der Ausreise trägt. Wenn der Konsul die vorliegenden Bürgschaften als nicht genügend für die Einwanderung einer Familie erachtet, erreicht man manchmal die Erteilung des Visums, wenn der Auswanderer sich bereit erklärt, zunächst alleine auszuwandern. Er kann dann später die Familie nachkommen lassen.

Entrechtung und Vernichtung

NS-Judenverfolgung per Gesetz und Verordnung 1939 bis 1945

1939

17. Januar. Die achte Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“, einem der 1935 erlassenen „Nürnberger Gesetze“, dehnt das Berufsverbot für jüdische Ärzte und Rechtsanwälte auch auf jüdische Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker aus.

30. April. Ein „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ zwingt Juden, „arische Wohnhäuser“ zu räumen und in „Judenhäuser“ zu ziehen.

4. Juli. Vom Reichsinnenminister wird die Bildung einer „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ angeordnet, der unter Kontrolle des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) alle „Nichtarier“ angehören müssen.

1. September. Die Polizei erläßt ein abendliches Ausgehverbot für Juden ab 20 Uhr, im Sommer ab 21 Uhr.

20. September. RSHA-Erlass: Die Juden haben ihre Rundfunkgeräte abzuliefern.

1940

12. Februar. Erste Deportationen deutscher Juden in Zwangsgettos im Osten.

20. April. Geheimerlaß des Oberkommandos der Wehrmacht: Alle mit einer Jüdin verheirateten Soldaten sind zu entlassen.

19. Juli. Ein Erlass des Reichspostministers verbietet den Juden den Besitz eines Telefons.

1941

18. Februar. Ein Erlass des Reichsmarschalls Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, beordert alle „arbeitsfähigen Juden zum Arbeitseinsatz“.

20. Mai. Ein RSHA-Geheimerlaß ordnet an, „angesichts der nahe bevorstehenden Endlösung der Judenfrage die Auswanderung von Juden zu verhindern“.

31. Juli. RSHA-Chef Heydrich wird mit der „Gesamtlösung der Judenfrage“ beauftragt.

1. September. Der Reichsinnenminister ordnet an: Alle Juden vom sechsten Lebensjahr an müssen den „Judenstern“ tragen und dürfen ihre Wohngemeinde nicht ohne polizeiliche Erlaubnis verlassen.

14. Oktober. Beginn der systematischen Deportation von Juden aus dem „Altreich“.

24. Oktober. RSHA-Erlass: Deutsche, die „in der Öffentlichkeit

freundschaftliche Beziehungen zu Juden zeigen“, sind zu verhaften.

12. Dezember. RSHA-Erlass: Juden ist nun auch verboten, öffentliche Telefonzellen zu benutzen.

1942

20. Januar. Auf der „Wannseekonferenz“ in Berlin koordinieren Parteifunktionäre und Ministerialbeamte unter Leitung Heydrichs die Organisation der „Endlösung der Judenfrage“.

15. Februar. Juden dürfen keine Haustiere mehr halten.

24. März. Juden dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen.

Juni. Beginn der Massenvergasungen in Auschwitz.

22. September. Hitler befiehlt, alle jüdischen Zwangsarbeiter aus den Rüstungsbetrieben zu entfernen.

5. November. Himmler befiehlt, alle im Reichsgebiet gelegenen Konzentrationslager „judenfrei“ zu machen und die Häftlinge nach Auschwitz zu deportieren.

1943

27. Februar. „Fabrik-Aktion“ in Berlin: Alle „Rüstungsjuden“ werden nach Auschwitz deportiert.

10. Juni. Die „Reichsvereinigung der Juden“ wird aufgelöst.

1. Juli. Die 13. Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“ stellt die Juden unter Polizeirecht.

1944

10. März. In einem Geheimschreiben fordert RSHA-Chef Kaltenbrunner „die obersten Reichsbehörden“ auf, „besondere Anordnungen in der früheren Art“ zu unterlassen, da „die durchgeführte Evakuierung und Isolierung der Juden und Zigeuner“ diese „bedeutungslos gemacht“ hätten.

1. November. Himmler befiehlt, die Vergasungen in Auschwitz zu beenden und die Spuren zu verwischen.

1945

16. Februar. Ein Runderlaß des Reichswirtschaftsministeriums verfügt: „Wenn der Abtransport von Akten, deren Gegenstand anti-jüdische Tätigkeiten sind, nicht möglich ist, sind sie zu vernichten, damit sie nicht dem Feind in die Hände fallen.“

Am 14. Oktober 1941 begann die Deportationen aus dem Reich in die Vernichtungslager

Osteuropas, und im gleichen Monat wurde Juden die Auswanderung verboten. Die

»Wannseekonferenz« am 20. Januar 1942 plante die Einzelheiten der »Endlösung«. Ihrem Protokoll ist zu entnehmen: >„An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeit anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind. Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen. [. . .] Unter entsprechender Anleitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete eingeführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche [!] Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt [!] werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist [. . .] Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. [. . .]«

Die Transporte

„Transportzüge, nach Auschwitz. Unter der Tarnbezeichnung „Abwanderung“ „Evakuierung“ „Arbeitseinsatz im Osten“ versuchte man, das grausige Geschehen geheimzuhalten. Die Deportationen aus dem Reichsgebiet begannen mit den Deportationsbefehlen vom 14. und 24. Oktober 1941.

In Brakel sind drei Termine bekannt, an denen die Juden abgeholt wurden. Der erste Transport mit sechs Brakeler Juden war am 10.12.1941, der zweite mit 17 Personen am 28.3.1942 und der letzte Transport mit 19 Personen am 28.7.1942. Der Bestimmungsort des ersten Transportes war Riga, während bei dem zweiten Warschau und bei dem dritten Theresienstadt angegeben wurde. Für die Juden aus dem hiesigen Raum hatte man eine Sammelstelle in Bielefeld eingerichtet. Von dort aus wurden sie zu den Bestimmungsorten gebracht, die zunächst nur als Aufnahmeorte galten. Dann ging es weiter in die Vernichtungslager. Nachdem das Konzentrationslager Auschwitz mit den Vernichtungsanlagen fertiggestellt worden war, gingen die „Osttransporte“ ausschließlich in dieses Lager, in welchem fast alle deportierten Juden ums Leben gekommen sind. Juden, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten, kamen in das Konzentrationslager Theresienstadt, das ein „Vorzugslager“ war. Für die meisten Insassen bedeutete es nur eine Durchgangsstation auf dem Todesweg nach Auschwitz.

Über den genauen Verbleib aller 42 Brakeler Juden, die zu den Aufnahmeorten Riga, Warschau und Theresienstadt gebracht wurden, liegt kein exaktes Quellenmaterial vor. Die Aussagen über den Verbleib der folgenden Brakeler Juden kann als gesichert angesehen werden.

Namen	Alter	gestorben/Sterbeort
1. Margarethe Rothenberg	35	falls bekannt
2. Otto Flechtheim		Theresienstadt
3. Ludwig Flechtheim	22	Auschwitz
4. Nathan Rothenberg	66	Theresienstadt
5. Anna Mararete Flechtheim	67	Theresienstadt
6. Minna Heineberg	63	
7. Louise Heineberg	48	Auschwitz
8. Herta Rothenberg	33	Theresienstadt
9. Wilhelm Weiler	63	
10. Dina Scheideberg	62	
11. Johannes Scheideberg	52	
12. Ludwig Scheideberg	44	
13. Simon Heinemann	60	Auschwitz
14. Helene Heinemann	52	Auschwitz
15. Rudolf Heinemann	21	Auschwitz
16. Moritz Nethe	59	
17. Julius Nußbaum	56	
18. Moritz Nußbaum	54	
19. Janin Rose	53	
20. Elsa Lefebre	48	Auschwitz
21. Max Lefebre	44	Kaufering
22. Eva Lefebre	18	
23. Hugo Lobbenberg	48	Auschwitz
24. Adolf Lobbenberg	47	Riga
25. Günther Hakesberg	20	Auschwitz
26. Egon Aron	19	Auschwitz
27. Ernst Wertheim	19	Auschwitz

Ebenfalls umgekommen sind durch das nationalsozialistische Regime folgende Personen und Familien:

Olga Buchtahl, Familie Aron, Hedwig Hakesberg, Familie Sigmund Hakesberg und das Ehepaar Sommer."

Das gleiche Schicksal, welches die Warburger Juden erleiden mußten, gilt, was die Transportsituation angeht, auch für die jüdischen Bürger aus Brakel: (Siehe: H. Hermes, Deportationsziel Riga, Warburg 1982, S. 27 ff.):

St. A. Dt. M1 IP 1540

SD Aussenstelle Minden.
Sch.

Minden, den 6. Dez. 1941

Betr.: Einstellung der Bevölkerung zur Evakuierung der Juden.

Die inzwischen zur Tatsache gewordene Evakuierung der Juden aus dem hiesigen Bereich wird in einem grossen Teil der Bevölkerung mit grosser Besorgnis aufgenommen. Dabei sind zwei Gesichtspunkte die den Leuten am meisten am Herzen liegen. Einmal vermuten sie, dass dadurch den vielen Deutschen im noch neutralen Auslande, besonders in Amerika wieder neues Leid zugefügt werden könnte. Man weisst dabei wieder auf den 9. Nov. 1938 hin, der uns auch im ganzen Auslande mehr geschadet habe, als er uns hier im Lande genutzt habe.

Der zweite Punkt ist der, dass es doch wohl sehr bedenklich sei, jetzt im Winter mit allen seinen Gefahren die Leute ausgerechnet nach dem Osten zu verfrachten. Es könnte doch damit gerechnet werden, dass sehr viel Juden den Transport nicht überständen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass die jetzt evakuierten Juden doch durchweg Leute wären, die seit ewigen Jahren in hiesiger Gegend gewohnt hätten. Man ist der Ansicht, dass für viele Juden diese Entscheidung zu hart sei. Wenn auch diese Meinung nicht in verstärkter Masse festzustellen ist, so findet man sie aber doch in einem grossen Teil gerade unter den gut situierten Kreisen. Hierbei sind auch wieder die älteren Leute die überwiegende Anzahl.

Seitens der Volksgenossen die die Judenfrage beherrschen, wird die ganze Aktion jedoch absolut bejaht. Man stellt dem gegenüber das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl heraus, dass sich doch immer wieder gezeigt habe. Als der Führer gemerkt habe, dass den Deutschen in Russland eine Gefahr drohte, sei er sofort dazu übergegangen, diese alle ins Reich zurückzuholen. Der Jude hätte ja ein gleiches seit 1933 auch tun können, dann wäre diese Aktion heute nicht mehr erforderlich.

Untersturmführer

Massenvergasungen von Juden 1942

(Bericht Kurt Gersteins)

Am Morgen um kurz vor sieben Uhr kündigt man mir an: In zehn Minuten kommt der erste Transport! Tatsächlich kam nach einigen Minuten der erste Zug von Lemberg aus an. 45 Waggons mit 6700 Menschen, von denen 1450 schon tot waren bei der Ankunft. Hinter den vergitterten Luken schauen, entsetzlich bleich und ängstlich, Kinder durch, die Augen voll Todesangst, ferner Männer und Frauen. Der Zugfährt ein: 200 UArainer reißen die Türen auf und peitschen die Leute mit ihren Lederpeitschen aus den Waggons heraus. Ein großer Lautsprecher gibt die weiteren Anweisungen: Sich ganz auszuziehen, auch Prothesen, Brillen us"v. Die Wertsachen am Schalter abgeben, ohne Bons oder Quittung. Die Schuhe sorgfältig zusammenbinden (wegen der Spinnstoffsammlung), denn in dem Haufen von reichlich 25 Meter Höhe hätte sonst niemand die zugehörigen Schuhe wiederzusammenfinden können. Dann die Frauen und Mädchen zum Friseur, der mit zwei, drei Scherenschlägen die ,ganzen Haare abschneidet und sie in Kartofelsäcken verschwinden läßt. /.../ Dann .setzt sich der Zug in Bewegung. Voran ein bildhübsches junges Mädchen, so gehen sie die Allee entlang, alle nackt, Männer, Frauen und Kinder, ohne Prothesen. Ich selbst stehe mit dem Hauptmann Wirth oben auf der Rampe zwischen den Kammern. Mütter mit ihren Säuglingen an der Brust, .sie kommen herauf, zögern, treten ein in die Todeskammern! - An der Ecke .steht ein starker SS-Mann, der mit pastoraler Stimme zu den Armen sagt: Es passiert euch nicht (las Geringster Ihr müßt nur in den Kammern tief Atem holen, das weitet die Lungen, diese Inhalation ist notwendig wegen der Krankheiten und Seuchen. Auf die Frage, was mit ihnen geschehen würde, antwortet er: Ja, natürlich, die Männer müssen arbeiten, Häuser und Chausseen bauen, aber die Frauen brauchen nicht zu arbeiten. Nur- wenn sie wollen, können sie im Haushalt oder in (er Küche mithelfen. - Für einige dieser Armen ein kleiner Hoffnungsschimmer, der ausreicht, daß sie ohne Widerstand die paar Schritte zu den Kammern gehen - die Mehrzahl weiß Bescheid der Geruch kündigt ihnen ihr Los! - Sie .steigen die kleine Treppe herauf, und dann sehen .sie alles. Mütter mit ihren Kindern an der Brust, kleine nackte Kinder, Erwachsene, Männer und Frauen, alle nackt - .sie zögern, aber sie treten in die Todeskammern /.../. Ich drücke mich in eine Ecke und schreie laut zu meinem und ihrem Gott. Wie gem wäre ich mit ihnen in die Kammern gegangen, wie gem wäre ich ihren Tod mitgestorben. Sie hätten dann einen uniformierten SS-Offizier in ihren Kammern gefunden - die Sache wäre als Unglücksfall aufgefaßt und behandelt worden und sang-und klanglos verschollen. Noch also darf ich nicht, ich muß noch zuvor künden, was ich hier erlebe! - Die Kammern füllen sich. Gut vollpacken - .so hat es der Hauptmann Wirth befohlen. Die Menschen stehen einander auf den Füßen. 700 bis 800 auf 25 Quadratmetern in 45 Kubikmetern! Die SS zwängt sie physisch zusammen, soweit es überhaupt geht. Die Türen schließen sich. Währenddessen warten die anderen draußen im Freien, nackt. Man .sagt mir: Auch im Winter genauso! Ja, aber sie können sich ja den Tod holen! sage ich. - .Ja, grad for das sinn se ja doh! - sagt mir ein SS-Mann darauf in seinem Platt. Jetzt endlich verstehe ich auch, warum die ganze Einrichtung Illeckenholt-Stiftung heißt. Heckenholt ist der Chauffeur des Dieselmotors, ein kleiner Techniker, gleichzeitig der

60

Erbauer der Anlage. Mit den Dieselauspuffgasen sollen die Menschen zu Tode gebracht werden. Aber der Diesel funktioniert nicht! Der Hauptmann Wirth kommt. Man sieht, es ist ihm peinlich, daß das gerade heute passieren muß, wo ich hier bin. Jawohl, ich sehe alles! Und ich warte. Meine Stoppuhr hat alles brav registriert. 50 Minuten, 70 Minuten der Diesel springt nicht an! Die Menschen warten in ihren Gaskammern. Vergeblich. Man hört sie weinen, schluchzen. /... / Nach 2 Stunden 49 Minuten - die Stoppuhr hat alles wohl registriert - springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen vier Kammern, viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern! - Von neuem verstreichen 25 Minuten. Richtig, viele sind jetzt tot. Man sieht das durch kleine Fensterehen, in dem das elektrische Licht die Kammern einen Augenblick beleuchtet. Nach 28 Minuten leben nur noch wenige. Endlich, nach 32 Minuten ist alles tot! Von der anderen Seite öffnen Männer vom Arbeitskommando die Holztüren. Man hat ihnen - selbst Juden -die Freiheit versprochen und einen gewissen Promillesatz von allen gefundenen Werten für ihren schrecklichen Dienst. Wie Basaltsäulen stehen die Toten aufrecht aneinander gepreßt in den Kammern. Es wäre auch kein Platz, hinzujällen oder auch nur sich vornüber zu neigen. Selbst im Tode noch kennt man die Familien. Sie drücken sich, im Tode verkrampft, noch die Hände, so daß man Mühe hat, sie auseinanderzureißen, um die Kammern für die nächste Charge freizumachen. /... / Zwei Dutzend Zahnärzte öffnen mit Haken den Mund und sehen nach Gold. Gold links, ohne Gold rechts. Andere Zahnärzte brechen mit langen und Hämmern die Goldzähne und Kronen aus den Kiefern. - Unter allen springt der Hauptmann Wirth herum. Er ist in seinem Element. - Einige Arbeiter kontrollieren Genitalien und Ajier nach Gold, Brillanten und Wertsachen. Wirth ruft mich heran: Heben Sie mal die Konservenbüchse mit Goldzähnen, das ist nur von gestern und vorgestern! /... / Die nackten Leichen wurden auf Holztragen nur wenige Meter weit in Gruben von 100 mal 20 mal 72 Meter geschleppt. Nach einigen Tagen gärten die Leichen hoch und fielen alsdann kurze Zeit später .stark zusammen, so daß man eine neue Schicht auf dieselben draufwerfen konnte. Dann wurde zehn Zentimeter Sand darüber gestreut, so (laß nur noch vereinzelt Köpfe und Arme herausragten. Niederschrift des SS-Obersturmführers Kurt Gerstein vom 4. 5. 1945. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte Jg. 1 (1953), S. 189ff.

61

Liste der 35 ermordeten Brakeler Bürger und Bürgerinnen

(nach Engemann/Ernst, a.a.O. S. 138-141) erweitert um zwei weitere Opfer nach neuesten Erkenntnissen. (Text nach Gedenktafel am Judenfriedhof-Hembserberg):

Durch Einwirkungen nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen gestorben

Name	Vorname	geboren	gestorben	Ort
Aaron	Egon	15.07.1923	unbekannt	Auschwitz
Büchtal	Olga	30.11.1888	unbekannt	Transport
Flechtheim	Anna-Margarethe	06.06.1875	unbekannt	Theresienstadt
Flechtheim	Otto	04.12.1876	22.09.1942	Theresienstadt
Flechtheim	Richard	11.04.1888	18.08.1939	Hamburg
				Als Folge von Zuchthausauf- enthalt
Hakesberg	Berta	06.06.1922	unbekannt	Theresienstadt
Hakesberg	Günter	05.06.1922	unbekannt	Auschwitz
Hakesberg	Hedwig	27.10.1888	unbekannt	Riga
Hakesberg	Margarethe	26.04.1893	unbekannt	Auschwitz
Hagesberg	Siegfried	18.08.1881	unbekannt	Riga
Hakesberg	Siegmund	11.02.1890	unbekannt	Riga
Heineberg	Louise	03.04.1894	unbekannt	Auschwitz
Heinemann	Helene	22.06.1890	unbekannt	Auschwitz
Heinemann	Rica	17.05.1892	unbekannt	Sobibor
Heinemann	Rudolf	17.08.1921	unbekannt	Auschwitz
Heinemann	Simon	30.03.1882	unbekannt	Auschwitz
Hess	Frieda	07.08.1878	unbekannt	Warschau
Lefebre	Alma	06.02.1888	unbekannt	Auschwitz
Lefebre	Elsa	08.02.1894	unbekannt	Auschwitz
Lefebre	Eva	07.07.1924	18.09.1942	Auschwitz
Lefebre	Max	04.08.1898	21.12.1944	Dachau
Liebenberg	Eva Elli	07.07.1889	unbekannt	Auschwitz
Lobbenberg	Adolf	10.07.1895	unbekannt	Riga
Lobbenberg	Albert	17.07.1375	unbekannt	Minsk
Lobbenberg	Berta	26.02.1883	06.02.1944	Auschwitz
Lobbenberg	Julius	26.05.1872	29.08.1938	Brakel Folge v. Mißhandlungen
				Riga
Loeb	Sigmund	10.03.1884	1944	Riga
Rose	Albert	13.12.1885	unbekannt	Auschwitz
Rose	Irma	22.06.1924	1944	Theresienstadt
Rose	Janni	10.12.1889	Mai 1944	Auschwitz
Rothenberg	Margarethe	07.11.1907	unbekannt	Theresienstadt
Rothenberg	Nathan	29.08.1876	18.03.1943	Theresienstadt
Rothenberg	Rika	07.11.1880	unbekannt	Auschwitz
Scheideberg	Berta	27.01.1943	30.01.1943	Theresienstadt
Wertheim	Ernst	23.08.1923	unbekannt	Auschwitz



B IV, 8:

Gebet zur Erinnerung an die Verstorbenen.

Kadisch. =

In seiner Größe und Heiligkeit werde erkannt der erhabene Name Gottes in der Welt, die er geschaffen hat nach seinem Willen. Es komme hierbei sein Reich und seine Herrschaft bei eurem Leben und in euren Tagen. Mögen Alle es erleben, die dem Hause Israel angehören, bald und in nächster Zeit
Amen.

Der erhabene Name Gottes sei gelobt in Ewigkeit, in die ewige und ewige Unendlichkeit.

Gelobt, gepriesen und verherrlicht erhört im vollen Ruhm und Glanz sei der Name des Allerheiligsten - gelobt sei er - erhaben über jedes Lob und Lied, über Lob und Trost und Segensspruch, den wir sprechen können in der Welt
Amen.

Empfangen in Wohlwollen und Erbarmen unser Gebet.

Die Bitten und Wünsche von ganz Israel mögen in Gnaden empfangen werden von unserem Vater im Himmel.

Amen.

Der Name Gottes sei gelobt nun und in Ewigkeit. Die Fülle des Lebens und des Friedens komme vom Himmel über uns und über ganz Israel.

Amen.

Meine Hilfe ist bei Gott, der den Himmel und die Erde geschaffen hat. Der Frieden hat in seiner Höhe - Der den Frieden schafft unter uns - und seinem Volke Israel.

Amen.

Uebers. Rabbin J.N. Mannheimer.
Zugesandt von O. Kaufmann, Göteburg

"ES GEHT NICHT DARUM, VERGANGENHEIT ZU BEWÄLTIGEN. DAS KANN MAN GAR NICHT. SIE LÄSST SICH JA NICHT NACHTRÄGLICH ÄNDERN ODER UNGESCHEHEN MACHEN. WER ABER VOR DER VERGANGENHEIT DIE AUGEN VERSCHLIESST, WIRD BLIND FÜR DIE GEGENWART. WER SICH DER UNMENSCHLICHKEIT NICHT ERINNERN WILL, DER WIRD WIEDER ANFÄLLIG FÜR NEUE ANSTECKUNGSGEFAHREN"...

"DIE ERINNERUNG IST DIE ERFAHRUNG VOM WIRKEN GOTTES IN DER GESCHICHTE. SIE IST DIE QUELLE DES GLAUBENS AN DIE ERLÖSUNG, AN WIEDERVEREINIGUNG DES GETRENNTEN, AN VERSÖHNUNG. WER SIE VERGISST, VERLIERT DEN GLAUBEN"...

Bundestagspräsident Richard von Weizsäcker vor dem Deutschen Bundestag
am 8. Mai 1985

Quellen und Literatur

- Stadtarchiv Brakel: A 1061, 1062, 1063, 1064, 1065, 1073, 1410
Verzeichnis der Judenbeiwohnungsgelder 1805
Hochfürstlich-Paderbornische Landesverordnungen,
Junfermann, Paderborn 1786
Katasterpläne der Stadt Brakel
- Staatsarchiv Detmold: Verzeichnis der Mitglieder der Synagogengemeinde Brakel
M1 IP 1540
- Kreisverwaltung Höxter: 13 Schautafeln: "Unterdrückung-Verfolgung-Vernichtung" (Dr. Altemeier). Jetzt im Stadtarchiv Brakel.
- D. Adam, Der Judenpogrom 1938, Fischer 1480, Frankfurt 1988
- H. Engemann, Zur Geschichte der Judengemeinde,
Das jüdische Schulwesen Brakels im 19. Jahrhundert:
Erschienen in "Brakel 829...", Brakel 1979
- Engemann-Ernst, Nationalsozialismus und Verfolgung in Brakel, Brakel 1988
- A. Herzig, Judentum und Emanzipation in Westfalen, Aschendorf, Münster 1973
- B. Junker, Zur Geschichte des jüdischen Friedhofs in Brakel, "Brakel 829...", Brakel 1979
- Birgitta Schulte, Die Synagogengemeinde in Brakel von ihren Anfängen bis zu ihrer Vernichtung im 3. Reich, Staatsarbeit der GHS Paderborn, 1984

Bisher erschienen:

- Heft Nr. 1 "Die Brüder Grimm und ihre Beziehung zum Brakeier Raum" (August 1985)
Heft Nr. 2 "Die Brakeier Erklärung vom 24.10.1934 - ein Dokument des Widerstandes" (Juni 1986)
Heft Nr. 3 "Hausinschriften an Brakeier Bürgerhäusern" (Juni 1987)
Heft Nr. 4 "Die Geschichte des Gesellschaftsvereins Club e.V. Brakel" (April 1988)
Heft Nr. 5 "Zur Geschichte des Brakeier Annetages" (April 1989)
Heft Nr. 6 "Zur Geschichte der jüdischen Mitbürger in Brakel" (September 1990)
Druck: Wilhelm Schröder, Brakel